

Die "Arbeit" erscheint täglich, am Montag und Dienstag nur einmal, an den Unterhaltungsbeilagen "Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Freizeit". Der Bezugspreis beträgt für den Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar. Der Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar. Der Postweg nehmen sämtliche Postanstalten 25.- M., im voraus zahlbar.

Die Jahrgangspostkarte oder deren Raum kostet 10.- M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen. Kleiner Anzeigen: Das leigebundene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M., einschließlich Anzeigen.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen die Verelendung der Arbeiterklasse!

Die Justiz in Sowjetrußland

Tagung der Spitzenverbände

Gemeinsame Beratung der Lohn- und Gehaltsfragen
Die Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, AFD-Bund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Beamten und Staatsangestellten-Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund) und Gewerkschaftsförderung trafen gestern zu einer Sitzung zusammen, um über die schwebenden Lohn- und Gehaltsfragen gemeinsam zu beraten. Es wurde übereinstimmend die Auffassung vertreten, daß eine Zusammenarbeit aller Spitzenorganisationen in diesen Fragen notwendig sei. Für die Vorbereitung der Verhandlungen und die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wurde ein Ausschuss eingesetzt, der aus je einem Vertreter der fünf Spitzenorganisationen gebildet wird. Diesem Ausschuss liegt auch die Information der Presse ob, die in Zukunft in einheitlicher Weise erfolgen wird.

Die Leipziger Messe

Besuch des Reichspräsidenten

Leipzig, 7. März.

W. I. B. berichtet: Der dritte Meßtag erhielt durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert sowie der Vertreter der einzelnen deutschen Landesregierungen eine besondere Auszeichnung. Im neuen Rathaus fand vormittags eine Begrüßung des Reichspräsidenten und der übrigen Herren statt. Der Direktor des Meßamtes, Dr. Köhler, wies darauf hin, daß die diesmalige Messe einen Besuch wie noch nie zuvor aufweise. Im weiteren betonte er, gestützt auf Zahlenmaterial, die Internationalität der Leipziger Messe. Sie zähle auf mehr preussische Aussteller, als die Messen zu Frankfurt, Königsberg und Breslau zusammen. Die Leipziger Messe sei sonach die größte preussische Messe. Mit Rücksicht hierauf gab er der Erwartung Ausdruck, daß die preussische Regierung nicht wieder für eine Kürzung des Reichszuschusses eintreten möge. Reichswirtschaftsminister Schmidt gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Leipziger Messe dazu beitrage, die internationalen Handelsbeziehungen wieder zu beleben, weshalb er alle darauf gerichteten Bestrebungen gern unterstütze, gelte es doch, die alten Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und das Verlorene wieder zu gewinnen. Auf würdige gleichfalls die Bedeutung der Leipziger Messe, die eine Werkstatt der Welt und ein Handelshaus für die Welt sein solle.

An die Begrüßungsfeier schloß sich eine Führung durch die verschiedenen Teile der Messe. Die Zahl der ausgegebenen geschäftlichen Meßausweise hat sich gegen den Vortag um weitere 10 000 erhöht. Der Auslandsbesuch hat weiterhin in sehr starkem Maße zugenommen. Das Geschäft auf der Messe wird in allen Branchen als überaus groß bezeichnet. Viele Firmen haben die Annahme weiterer Aufträge überhaupt ablehnen müssen oder zum mindesten sich längere Lieferfristen ausbedungen. Erwähnt sei nur die Spielwarenindustrie. Die Bedarfsüberholung ist hier derart groß, daß einzelne Firmen bis zur nächsten Messe mit Aufträgen versehen sind. Auf der Tabakmesse ist das Geschäft durchweg gut, besonders in der Zigarettenindustrie. Auf der technischen Messe sind auch heute sehr gute und große Abschlüsse in fast allen Branchen zustande gekommen. Viele Werke, besonders der Werkzeugmaschinenindustrie, haben bereits ihre Fertigung für eine bedeutende Zeitspanne ausverkauft, so daß sie weitere Ordres nicht buchen können. Die Metallindustrie verzeichnet eine große Anzahl neuer Geschäftsanknüpfungen. Das gleiche gilt von der Armaturenindustrie.

Für die Arbeiterschaft ist dieses Bild leider nicht so glänzend. Die reichen Erfolge der Unternehmer werden erkaufte durch die schlechten Löhne, die sie den Arbeitern zahlen. Während sie dem Kapital infolge der fortschreitenden Geldentwertung immer neue Profitmöglichkeiten bieten, lastet die Verteilung mit ständig steigender Schärfe auf der minderbemittelten Bevölkerung. Von diesen Dingen ist bei den Begrüßungsreden allerdings nicht gesprochen worden. Man hat anscheinend überhaupt nicht der Arbeiter gedacht, die doch erst alle die Herrlichkeiten erzeugen, von denen die Leipziger Messe Zeugnis ablegt.

Die Industriekrise in Oesterreich

Wien, 7. März. (Intel.)

Die "Arbeiterzeitung" nimmt in einem Leitartikel zu der drohenden Industriekrise Stellung, die nun auch Deutsch-Oesterreich erfaßt hat. Bisher habe die Entwertung des Geldes Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang hinterlassen, aber in den letzten Monaten habe die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie immer mehr gelitten. Das Fallen des Marktkurses in den letzten Wochen habe besonders dazu beigetragen, daß heute der österreichischen Industrie die Abnahmefähigkeiten immer mehr genommen werden. Die Konjunkturkrise bedeute eine Wendung im gemeinschaftlichen Kampf und es werde von der Geschäftslehre der Arbeiterklasse abhängen, ob sie sich auch in der neuen Konjunkturphase werde behaupten können.

Montag nachmittag hielt die Arbeiterkammer unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Domes eine siebenstündige Vollversammlung ab, in der vor allem die Arbeitslosenfrage besprochen wurde. In Oesterreich gibt es gegenwärtig rund 45 000 Arbeitslose. Die angenommene Resolution tritt für die Forderungen

der sozialistischen Partei ein u. a. für die Ausführung von Notstandsarbeiten (Bau von Telefon- und Telegraphenanlagen), Auflegung einer Investitionsanleihe und einer Anleihe für Wohnbauzwecke zur Belebung der Bauwirtschaft. Ferner wird eine zeitgemäße Reform des Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung usw. gefordert.

Die gestrige Ausgabe der "Roten Fahne" wurde beschlagnahmt, da sie in einem Manifest, in dem sie die Massen zu Kundgebungen für die kommunistische Partei und gegen das Finanzprogramm der Regierung aufrief, sehr scharfe Angriffe gegen die Regierung enthielt. In ihrer heutigen Ausgabe ruft die "Rote Fahne" neuerdings die Arbeiter zu Kundgebungen gegen das Finanzprogramm der Regierung, gegen die geplante Verwendung der Kredithilfe auf.

Vor schweren Kämpfen

Die drohende Aussperrung in England

Aus London wird uns geschrieben: Eine schwarze Wolke zieht am Wirtschaftshimmel herauf: die drohende Aussperrung der Heizer und Maschinisten, die zeitlich zusammenfällt mit dem Streik im Schiffsbau. Die Werftarbeiter, denen eine allmähliche Lohnföhrung von 26 1/2 Schilling (1 Schilling = 1 Goldmark, bei dem jetzigen Kursstand 1 Schilling = 52 Mark) pro Woche zugemutet wurde, haben mit 110 882 gegen 10 788 Stimmen diese Zumutung zurückgewiesen.

Der Streikfall mit den Heizern und Maschinisten hat seine unmittelbare Ursache nicht in Lohnstreitigkeiten, sondern in der Frage der Ueberstunden. In diesem Berufe war es Brauch, daß Ueberstunden nur mit Zustimmung der Arbeiter gemacht wurden. Diesen Brauch wollten die Arbeitgeber beseitigen, oder ihre in dieser Richtung gemachten Vorschläge wurden von den Heizern und Maschinisten mit gewaltiger Mehrheit abgelehnt. Nunmehr suchen die Arbeitgeber um eine Besprechung nach. In seiner Antwort auf die Einladung der Unternehmer schrieb der Verband der Heizer und Maschinisten, daß auch noch andere Fragen bei der Besprechung geregelt werden könnten, aber davon wollten die Unternehmer nichts wissen; nach ihrer Meinung sollte ausschließlich über die Frage der Ueberstunden gesprochen werden. Und jetzt ist die Sache soweit gediehen, daß die Unternehmer eine Aussperrung planen, um die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern, die Arbeitsbedingungen und die Lohnfrage zu regeln.

Ursprünglich war bei Ueberstunden bestimmt worden, daß auch bei regulärer Produktion die Maschinisten wegen Ueberstunden gefragt werden müßten. Ueberstunden waren hingegen erlaubt bei Reparaturarbeiten, Arbeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebs, bei Betriebsstörungen oder bei Vollerstellungsarbeiten zu bestimmten Terminen. Wenn die Maschinisten bei regulärer Arbeit Ueberstunden ablehnen, so verweisen sie hierbei mit vollem Recht auf den Umstand, daß ein Teil der Kollegenchaft arbeitslos ist und der andere bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt ist. Diesen Kollegen wollen sie das Brot nicht wegnehmen.

Indessen die Arbeitgeber sehnen sich nach einem Kampfe. Sie haben die Aussperrung für den 11. März verfügt und wenn sie durchgeführt wird, werden etwa 1 300 000 Arbeiter direkt oder indirekt davon berührt werden. Wenn es auch zu einer Aussperrung der Werftarbeiter kommt, was nach dem letzten Abstimmungsresultat nicht unwahrscheinlich ist, so wird die Zahl der Aussperrten sich insgesamt auf 3 000 000 belaufen.

Im Bergbau ist die Lage eine für die Bergleute recht ungünstige. 118 143 Bergleute sind als arbeitslos eingetragen und weitere Tausende Arbeitslose sind nicht eingetragene, während noch mehr Tausende verkürzt arbeiten. In zehn von 23 Kohlenrevieren wird ein um 20 Prozent höherer Lohn als im Jahre 1914 bezahlt, während die Kosten der Lebenshaltung um 80 bis 90 Prozent höher sind. Aber dieser Lohnsatz gilt nur für die voll Beschäftigten; ein guter Teil ist aber nicht voll beschäftigt. Das bedeutet Hunger. Aber lange kann dieser Zustand nicht andauern, denn die Armen-Behörden im ganzen Lande sind bankrott. Wir leben deshalb auf einem Vulkan. — In der chemischen Industrie schreiten die Arbeiter zur Abwehr gegen eine Lohnreduktion von 3 Pence (etwa 13 Mark nach dem gegenwärtigen Stand der Valuta) pro Stunde. Durch den Streik ist fast die gesamte chemische Industrie in Südwales betroffen und wenn er nur noch kurze Zeit anhalten sollte, wird die Weiskleindindustrie, die auf die von der chemischen Industrie gelieferten Säuren angewiesen ist, davon berührt und im Gefolge dann die großen Stahlwerke, falls sie nicht bereits infolge der Maschinisten-Aussperrung zum Schließen gezwungen sind.

Die Krise in den Siegerländern

Vor einem Kohlenarbeiterstreik in Amerika

London, 7. März.

Der Washingtoner Berichterstatter der "Morning Post" meldet, es werde für ganz sicher gehalten, daß am 1. April ein großer Kohlenarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten ausbrechen werde. Alle Versuche der Regierung, eine Einigung herbeizuführen, seien fehlgeschlagen.

Von einem russischen Genossen wird uns geschrieben:

Für den in russische Verhältnisse einigermaßen Eingeweihten war es ohne weiteres klar, weshalb gerade der Volkskommissar für das Justizwesen in einem Interview mit der russischen Radioagentur "Weinil" in so entschiedener Weise der plötzlichen und in größter Eile betriebenen Justizreform das Wort gesprochen hat. Hier lag wohl derselbe Grund vor, der den 9. allrussischen Parteitag eine besondere Resolution anzunehmen veranlaßte, in der die Notwendigkeit, die Machtbefugnisse der außerordentlichen Kommissionen einzuschränken, vorgesehen wird. Mit anderen Worten: Nicht das Bewußtsein der vollständigen Unhaltbarkeit der Justizverhältnisse in Sowjetrußland war in erster Linie maßgebend, nicht der Schrei der Bevölkerung nach Recht und Gerechtigkeit, ein Schrei, der schon seit langem die Tauben hörend machen mußte, sondern der Wunsch, nach außen hin den Schein zu erwecken, als ob die Sowjetregierung durch die Entwicklung der innen- und außenpolitischen Lage der Bevölkerung die Möglichkeit erhalten habe, wieder die Rechtsicherheiten zu gewährleisten, die durch die Zwangslage der Revolution aufgehoben werden mußten. Also nicht so sehr das tief empfundene Bedürfnis, den Massen die elementarsten Rechtsgarantien zu gewähren, sondern der Druck der vom ausländischen Kapital diktierten Notwendigkeit, den Versuch zu machen, Rußland zu einem Rechtsstaat zu gestalten, ist hier das Ausschlaggebende.

Bei dem aller Welt bekannten Machiavellismus der Sowjetregierung liegt aber in dieser Sache die größte Gefahr für die wirkliche Durchführung einer einschneidenden Justizreform. Eine kleine Erinnerung dürfte hier am Platze sein. Als im Januar 1920 die Todesstrafe abgeschafft wurde, da geschah das nur unter dem Druck Englands, das nicht eher mit der Sowjetregierung in irgendwelche Verhandlung treten wollte. In Wirklichkeit jedoch schob die Tscheka von diesem Zeitpunkt ab, nachdem sie sich beeilt hatte, in der Nacht nach der Abschaffung der Todesstrafe noch einige hundert Verhaftete zu erschließen, diejenigen Todesurteilen an die Front ab, in deren Fällen die kriegsrevolutionäre Tribunale das Recht, Todesurteile auszusprechen, beibehalten hatten. Und kaum waren sechs Monate ins Land gegangen, so erhielten die Gouvernements Tribunale von dem Generalstaatsanwalt der Republik Krjlenko die Vorschriften, ihre laxen Haltung gegenüber den Verbrechern fahren zu lassen und ausgiebiger Gebrauch von der Todesstrafe zu machen. Damit war auch für die Tscheka das Signal gegeben, mit der Todesstrafe fortan nicht mehr zu sparen. Dieses war nur möglich, weil außerordentlich eine Zurückhaltung nicht mehr nötig schien.

Es soll allerdings nicht verkannt werden, daß die Dinge augenblicklich in dieser Beziehung anders liegen als damals. Die neue Wirtschaftspolitik, die verhältnismäßige Ellenbogenfreiheit, die das inländische Kapital hat, und die Lobhudelei vor dem Ausländischen, bringt es mit sich, daß die Sowjetregierung durch die zwingende Logik der Ereignisse den Weg zum Rechtsstaat beschreiten muß. Das gibt wenigstens eine gewisse Gewähr für die weitere normale Entwicklung der Dinge.

Doch noch andere Schwierigkeiten stellen sich einer Justizreform entgegen. Das rechtliche Chaos, in dem die Bevölkerung im Laufe von vier Jahren lebt, die unbeschreibliche Demoralisation, die die Willkürherrschaft der Außerordentlichen Kommissionen in den Massen der Bevölkerung und unter den Beamten verbreitet hat, die grenzenlose Bestechlichkeit der Justizorgane wird einer Gesundung der Justizverhältnisse ungeahnte Hindernisse in den Weg legen. Der heikelste Punkt, mit dem jede wahre Justizreform steht und fällt, ist stets die Personalfrage. Mit dem irigen Standpunkt, daß der Richter nach Möglichkeit Mitglied der kommunistischen Partei sein muß und nicht unbedingt einen gewissen Bildungsgrad zu besitzen braucht, ist nur teilweise gebrochen. Der Nachwuchs von psychologisch und kriminalpolitisch geschulten Juristen fehlt, die alten Justizbeamten, Staatsanwälte und Richter, in erster Linie die Untersuchungsrichter, haben schon seit Jahr und Tag andere staatliche Unterfunk gefunden, und sie werden schließlich ihre Stellen verlassen, um allerhand Ueberlassungen in der Justizverwaltung preisgegeben zu sein. Noch komplizierter dürften sich die Dinge in bezug auf die Anwendung der neu auszuarbeitenden zivilrechtlichen Normen gestalten. Sich in ihnen zurechtfinden, können nur durchgebildete Juristen, und solche in genügender Anzahl herbeizuschaffen, wird eine schier unmögliche Aufgabe sein.

Die geplante Justizreform ist nicht zuletzt der Gruppe der kommunistischen höheren und niederen Justizbeamten zu verdanken, denen es mit der Justizreform bitter ernst war. Sie wird auch von weiten Kreisen der Kommunisten freudig begrüßt werden. Die früheren Rechtsanwälte und Richter, die in den Justizabteilungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, tragen auch nicht wenig zur Förderung des Rechtsbewußtseins bei. Und trotzdem entstehen berechtigter Zweifel, ob es den damit beauftragten Organen gelingen wird, eine wahrhaft fortschrittliche Strafrechts- und Strafprozedurreform in die Wege zu leiten. In dieser Beziehung ist wohl besonders bezeichnend die Tatsache, daß die Reform, die doch in erster Linie die administrative Willkür der Außerordentlichen Kommissionen unmöglich machen soll, sich nur auf eine

Sicherstellung der Sachverhältnisse (Verbot von Requisitionen und Enteignungen), sofern sie ihren Ausdruck im Zivilrecht und Zivilprozeß findet, und auf die Schaffung gewisser gesetzlicher Normen für die einfachen Rechtsverhältnisse beschränkt. Die sogenannten „politischen Verbrecher“ bleiben nach wie vor der Willkür der Außerordentlichen Kommission preisgegeben.

So ist die von dem allrussischen Zentralvollzugsrat neuerdings dekretierte Auflösung der Außerordentlichen Kommissionen in Wirklichkeit nichts anderes als ein recht durchsichtiges Falschspiel. Diese Kommissionen waren ja schon im letzten Jahr in der Hauptsache nichts anderes, als politische Polizeibehörden des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten. Das einzige Neue bei der Reform besteht darin, daß nun endlich die gemeinen Verbrecher mit Ausnahme des sogenannten Banditismus (in Wirklichkeit gewöhnliche Raubüberfälle), der Eisenbahndiebstähle und des Grenzschmuggels, vollständig in die Hände der Kriminalpolizei und der Justizorgane übergehen. Hierin liegt zweifelsohne ein Fortschritt. Die Personen jedoch, die es wagen sollten, in irgendeiner Weise sich der Sowjetregierung gegenüber politisch unliebsam zu erweisen, unterstehen auch nach der so feierlich angekündigten Reform dem administrativen Gutdünken der großen und kleinen Gewalttäter in der Person der Vorsitzenden der neu hergestellten politischen Abteilungen. Es ist nichts anderes, als die frühere „Džuranta“, allerdings mit dem Unterschied, daß unter dem Jarismus eine Fiktierung im Gefängnis auf unbestimmte Zeit durch die politischen Polizeiorgane nicht möglich war, während das jetzt gestattet werden soll. Die neue „Džuranta“ wird das Recht besitzen, durch ihre niederen Organe im Notfalle Verhaftungen und Hausdurchsuchungen auch ohne entsprechende Order der politischen Abteilung vorzunehmen. Die Sanktion zu diesen Handlungen wird binnen 48 Stunden in jedem Falle eingeholt werden müssen. Im Laufe von zwei Wochen soll der Anklagegrund bekanntgegeben werden, und nach Ablauf von zwei Monaten soll entweder die Uebergabe der ganzen Angelegenheit an die Justizbehörden erfolgen oder auf eine Fiktierung auf unbestimmte Zeit erkannt werden.

Bei dieser Sachlage entstehen begründete Bedenken, ob es den leitenden Köpfen der bolschewistischen Parteipolitik mit der Justizreform wirklich ernst ist, und, ob dieser Versuch, sollte es ihr auch damit ernst sein, unter den obwaltenden Verhältnissen nicht ebenso geringe Erfolge zeitigen wird, wie die Versuche auf ökonomischem Gebiet. Man kann auch nicht ohne weiteres die Befürchtung von sich weisen, ob das Volkskommissariat für Justizwesen sich wie schon oft nicht den höheren Weisungen wird folgen müssen, und die eingeleitete Reform zu Ende zu führen in der Lage sein wird. Eins steht auf alle Fälle fest: Nur die gänzlich unmaskierte Aufhebung der Außerordentlichen Kommissionen, die völlige Auflösung ihres ganzen Untersuchungs- und Verfolgungsapparates samt der ihr unterstellten bewaffneten Macht, nur die strikte Durchführung der elementaren Garantien der Persönlichkeit kann Rußland wieder zu einem Rechtsstaat werden lassen. Man kann nur von ganzem Herzen wünschen, daß es wirklich so schnell dazu kommt. Das fordert gebieterisch das Interesse des Proletariats der ganzen Welt.

Die Frankfurter Konferenz

Der „Vorwärts“ hat es nicht unterlassen können, dem schlechten Beispiel der „Roten Zäune“ zu folgen und nachträglich einen völlig unrichtigen und tendenziösen Bericht über die Frankfurter sozialistische Konferenz zu veröffentlichen. Der Zweck dieses Berichtes ist, eine angeblich tiefgehende Differenz zwischen der französischen sozialistischen Partei und der U. S. P. zu konstruieren. Dazu ist zu sagen, daß diese Differenz nicht besteht. Wie schon Genosse Bloch in seinem bei uns veröffentlichten Artikel darlegte, gab es in der Sitzung, in der die Resolution über die Reparationsfrage angenommen wurde, einen kleinen Zwischenfall, als es den französischen Genossen schien, daß von deutscher Seite ein Vorbehalt in der Anerkennung der Reparationsverpflichtungen gemacht werde. Dieses Mißverständnis wurde jedoch bald aufgeklärt, und auch in dieser Frage die vollste Einmütigkeit zwischen unserer Partei und den französischen Genossen festgestellt.

Wir bedauern es, daß der „Vorwärts“ durch seine Veröffentlichung den Versuch unternimmt, die Parteien, die zur Wiener Arbeitsgemeinschaft gehören, durcheinander zu hehen und nach außen hin die Dinge so darzustellen, als ob tiefgehende Differenzen zwischen diesen Parteien beständen. Das Wert der internationalen Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen Parteien, das in Frankfurt begonnen wurde, wird durch derartige Praktiken jedenfalls nicht gefördert.

Verfassung und Hochverrat

Die Begründung des Urteils gegen Jagow

Die schriftliche Begründung des Urteils im Jagow-Wangenheim-Schiele-Prozeß, der im Dezember 1921 vor dem Reichsgericht die ganzen Vorgänge des Kapp-Putschs aufrollte, ist erschienen. Sie umfaßt 65 Seiten, so daß eine wörtliche Wiedergabe ausgeschlossen ist. Das ist aber auch nicht nötig, da diese schriftliche Begründung nur eine ausführlichere Ausarbeitung der am Schlusse des Prozesses mündlich gegebenen ist, die wir seinerzeit in der „Freiheit“ Nr. 596 vom 22. Dezember 1921 wiedergegeben haben. Von bleibendem Interesse ist indes die staatsrechtliche Begründung, auch im Hinblick auf die zu erwartende neue Reichsverfassung. Es seien deshalb folgende Stellen des Schriftsatzes wiedergegeben:

Die Verfassung des Deutschen Reiches, wie sie von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen worden ist, ruht auf dem Grunde der Volkshoheit. Artikel 1 bestimmt:

Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Es bedeutet daher den Versuch einer grundlegenden Aenderung dieser Verfassung, wenn es jemand unternimmt, das Volk aus seiner Stellung als Träger der Staatsgewalt zu verdrängen und an die Stelle der Herrschaft des Volksganzen eine Diktatur treten zu lassen, d. h. die Alleinherrschaft eines einzelnen oder einer einzelnen Volksklasse. Einem solchen Unternehmern haben sich Kapp und Lüttich in den Tagen vom 13. bis 17. März 1920 schuldig gemacht, und da sie sich zur Durchführung ihres Vorhabens des Mittels der Gewalt bedient haben, fällt ihnen im Sinne der §§ 81 Nr. 2, 82 StGB. ein Verbrechen des Hochverrats zur Last. Die strafrechtlichen Bestimmungen über Hochverrat schützen die Verfassung in ihrer jeweilig bestehenden Form, keineswegs nur in der Gestalt, wie sie gerade zur Zeit des Erlasses des Strafgesetzbuchs bestand. Der Artikel 178 Abs. 2 der jetzt geltenden Reichsverfassung hat alle Gesetze und Verordnungen des Reiches, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht, für in Kraft bleibend erklärt. ... Durch den Kapp-Putsch war die gesamtstaatliche Abstützung der demokratisch-republikanischen Staatsform geplant, und man findet kein Wort davon, daß nur geplant worden war, die Reichsregierung zur Er-

füllung gewisser politischer Forderungen anzuhalten. Die Ausrückung einer Diktaturgewalt enthält aber im demokratisch-republikanischen Staatswesen, wie wir es in Deutschland haben, unter allen Umständen eine Aenderung der Verfassung, gleichviel, ob sie als Selbstzweck gedacht war oder nur als Mittel zur Erreichung anderer Zwecke, denn sie stellte das bisherige Verhältnis der öffentlichen Gewalten im Reiche geradezu auf den Kopf und zwang das deutsche Volk, unter einer Staatsform zu leben, die das Gegenteil von dem war, was die Weimarer Verfassung bot und forderte.

Diese staatsrechtliche Begründung enthält in sich eine, wenn auch nicht klar ausgesprochene Anerkennung des Rechtes der Revolution. Hochverrat ist der Versuch der gewalttätigen Verfassungsänderung nur dann, wenn er nicht gelingt; gelingt er und wird — wie 1918 — die neue Staatsform unter Anerkennung der die öffentliche Gewalt schützenden Gesetze fest gegründet, so ist die neue Staatsform rechtmäßig; jeder Versuch, sie zu ändern, ist, wenn er mißlingt, Hochverrat, auch wenn er darauf gerichtet ist, die frühere Staatsform wiederherzustellen.

Sozialistischer Studentenfongress in Leipzig

Der „Sozialistische Studentenbund Deutschlands“ veranstaltet in der Zeit vom 15. bis 17. März 1922 in Leipzig einen Kongreß sämtlicher sozialistischen und kommunistischen Studenten Deutschlands, der grundlegende Beschlüsse für die sozialistische Studentenbewegung bekommen wird. Besonders durch die Teilnahme ausländischer Studenten-Genossen — der geeinte Verband der Österreichischen sozialistischen und kommunistischen Studenten und Akademiker wird unter anderen vertreten sein — werden die Fragen der sozialistischen Intellektuellen, ihre Stellung zum handarbeitenden Proletariat, ihre ideale und organisatorische Grundlage eine Klärung erfahren.

Die Tagesordnung des Kongresses wird alle wesentlichen Probleme einbeziehen. Außer organisatorischen Fragen werden zur Erörterung stehen die Resolvente „Student und Proletariat“, „Student und Wissenschaft oder sozialistische Bildungsarbeit“, „Hochschulpolitik und Jugendbewegung“, und „Fragen des internationalen Zusammenhanges“. Auskunft über alle den Kongreß betreffenden Fragen erteilen für sozialistische Interessenten Otto Stammer, Leipzig, Blumenstraße 3, für kommunistische Paul Reimann, Leipzig, Promenadenstr. 44. Am 14. März wird eine Vorbesprechung der sozialdemokratischen Delegierten stattfinden.

Die anmaßenden Bayern

Das Volkische Telegraphenbureau verbreitet eine Meldung, wonach gelegentlich der Beratung des Staats des Innern des Staatsausbaus des bayerischen Landtags die Abgeordneten Dr. von Knilling und Dr. Ditt die Sprache auf die Tätigkeit der badischen Staatsanwaltschaft in der Erzbergerfrage brachten und von der Regierung Aufklärung forderten. Darauf gab der Minister des Innern, Dr. Schwegler, eine längere Erläuterung ab, in der er feststellte, daß die badischen Strafverfolgungsbehörden in der Erzbergerfrage ihre gesetzliche Pflicht getan haben, die rechtliche Zuständigkeit der Offenbacher Staatsanwaltschaft bei ihrer Münchener Tätigkeit könne nicht bezweifelt werden. Dagegen hätten sich schwerwiegende Anhaltspunkte ergeben, die die bayerische Regierung zu der Annahme bringen müßten, daß neuerdings Berliner Uebergriffe vorgekommen seien. Die bayerische Regierung habe einen entschiedenen Protest nach Berlin gerichtet, um schleunige Klärung gebeten und bestimmte Abhilfemaßnahmen verlangt. Eine Antwort hierauf stehe noch aus.

Der Minister beschäftigte sich dann mit Pressäußerungen darüber und erklärte weiter, die bayerische Regierung habe es nicht an Energie fehlen lassen, um die bayerischen Rechte zu wahren, sie habe es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß es keine größere Belastung für die Volkstimmung in Bayern geben könnte, als einen Eingriff in die bayerische Polizeihochheit. An der möglichst baldigen Klärung des Mordes an Erzberger habe die bayerische Regierung ein Interesse, aber Vorwissen, wie die vom 22. Februar, seien nicht öfter erträglich. Wenn auch das Vorgehen der badischen Staatsanwaltschaft eine Belastung gegen Dr. Müller ergeben habe, so sei doch die Aktion gegen alle übrigen Personen ein Hieb in die Luft gewesen.

Dem bayerischen Innenminister ist das Zugeständnis über die rechtmäßigen Handlungen der badischen Staatsanwaltschaft sicher sehr schwer geworden, bedeutet doch die Arbeit dieser durchaus objektiv vorgehenden Behörde ein deutliches Zeugnis für die teils stillschweigende, teils tatsächliche Unterföhrung der Erzbergermörder durch die bayerischen Behörden, insbesondere durch das Münchener Polizeipräsidium. Es ist schlimm genug, wenn die bayerische Regierung erst von Reich wegen zur Erfüllung ihrer einfachsten Dienstobliegenheiten angehalten werden muß, und dem Innenminister einer so pflichtvergessenen Regierung steht es sehr schlecht an, sich über angebliche Uebergriffe durch die vorgelegte Behörde zu beschlagen. Die Forderung der anmaßenden Bayern nach Wahrung ihrer Polizeihochheit ist weiter nichts als das Verlangen, man solle diese Behörden bei der Unterföhrung der Mordmörder nicht behindern. Diesem Verlangen kann keine Reichsregierung stattgeben, wenn sie nicht ihre moralische und politische Autorität gegenüber den Schüligen von politischen Mördern einfach preisgeben will.

Die Reparationsfrage

Die Beratungen der Finanzminister

CE. Paris, 7. März.

Zu den Beratungen der Finanzminister, die morgen in Paris beginnen sollen, schreibt der „Temps“: Von französischer Seite liegt ein Antrag vor, alle Zahlungen Deutschlands für die Jahre 1921 und 1922 gesondert zu behandeln. Dem steht der Wunsch Englands entgegen, die Verteilung für die beiden Jahre vorzunehmen. In der letzten Zeit, schreibt der „Temps“, ist ein Einverständnis darüber getroffen worden, daß von der ersten deutschen Goldmilliarde 500 Millionen für die englischen Besatzungskosten und 140 Millionen für die französischen Besatzungskosten aufgewendet werden sollen. Der Rest verbleibt für die belgische Priorität, ausgenommen die Summe von etwa 30 Millionen Goldmark, die in Italien aufbewahrt werden und diesem zufallen sollen. Bezüglich der Saarbergwerke wünscht Frankreich, daß man deren Wert zwar als ein Kapital ansehe, das auf das Kreditkonto Deutschlands gebucht werden solle, nicht aber als laufende Zahlung, die Frankreich für das Jahr 1921 anzurechnen wäre. Wenn dies geschähe, würde Frankreich von der ersten deutschen Goldmilliarde überhaupt nichts erhalten und für seine Auslagen für den Unterhalt seiner Besatzungskosten mehr zu zahlen haben als England. Hinsichtlich der Bestimmung der Höhe der Besatzungskosten wünscht Frankreich, daß nicht für die einzelnen Mächte eine Pauschale festgesetzt werde, sondern im Verhältnis der Zahl der einzelnen Besatzungsheere. Einen breiten Raum in

den Erörterungen wird das **Lesbadener Abkommen** einnehmen. Von den unlängst in Berlin zwischen Bismarck und der deutschen Regierung getroffenen Abmachungen will Frankreich nicht viel wissen. Man zieht hier das Lesbadener Abkommen vor, weil es Frankreich nicht nur höhere Steuern in Gehalt von Sachlieferungen zugesichert würde als das Londoner Ultimatum, sondern auch einen Kredit von deutscher Seite verschaffen würde, der erst nach zehn Jahren zurückzahlen tre. Im übrigen regt der „Temps“ die Ausgabe einer großen internationalen Ausgabe sowie Schuldennachtrag unter den Alliierten an.

Die Frage der Militärkontrolle

Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort?

Paris, 7. März.

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird über die Frage der Militärkontrolle weiter zwischen den vier Regierungen verhandelt. In der Sitzung der Vierzehnertkonferenz vom Sonnabend scheint ein Kompromiß zustande kommen zu sein. Auf englischer Seite hat man darauf verzichtet, die Frage der händigen Kontrolle mit der Frage der Zurückziehung der militärischen Sanktionen zu verbinden, und auf französischer Seite hat man eingewilligt, daß die Verlängerung der Kontrolle, und zwar der militärischen, der maximalen ab der Luftfahrzeugkontrolle, geprüft werde. Jedoch ist die Schwierigkeit nur aufgehoben, denn selbst wenn die internationalisierte Militärkontrollkommission einen Entwurf zustande bringt, fragt es sich, ob die Entscheidungen von Deutschland angenommen würden. Es werde ohne Zweifel versucht werden, das Einverständnis Deutschlands durch das Zugeständnis der Räumung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg zu erlangen.

Eine berechtigte Forderung

Wie wir im gestrigen Abendblatt bereits mitgeteilt haben, hat die französische Liga für Menschenrechte beim Ministerpräsidenten Poincaré beantragt, die Veröffentlichung der Kriegsakten zu veranlassen.

Selbst von der französischen Liga für Menschenrechte ist diese Forderung zu erheben bisher abgelehnt worden. Wenn sie jetzt endlich erhoben wird, so ist das ein erfreuliches Zeugnis für die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Kriegsakten aller beteiligten Länder zur Kenntnis der Öffentlichkeit und zur uneingeschränkten Bearbeitung durch exakte wissenschaftliche Forschung gelangen müssen, wenn anders über die Vorgänge zum Weltkrieg eine lückenlose Klarheit herrschen soll. Allerdings bedeutet die wissenschaftliche Bearbeitung der Kriegsakten ein Stück politischer Geschichte, und deshalb muß auch in Frankreich verstanden werden, daß die Veröffentlichung der Akten etwa nur teilweise geschieht und zu einem Rechtfertigungsmandat des Chauvinisten Poincaré und seiner Helfershelfer wird. Die Garantie für eine objektive Auswertung der Kriegsakten ist nur gegeben, wenn Sozialisten oder zumindest ehrliche Pazifisten dabei entscheidend mitwirken.

Balfour für die Koalition

London, 7. März. (B. T. B.)

Sir Arthur Balfour sprach heute nachmittag in seiner mit größter Spannung erwarteten Rede im City Carlton Club nachdrücklich und ohne Einschränkungen für die Koalitionsgovernment. Er sagte, nach seiner Ansicht seien die Interessen des Landes am besten den Händen einer Regierung anvertraut, die von der großen nationalen Partei unterstützt werde, deren einem Flügel er angehöre. Das Zweiparteiensystem sei für gutes Wetter geschaffen. Wenn sich die Parteien nicht vereinigt hätten, wäre der Krieg nie gewonnen worden. Die Fragen, die seit dem Kriege entstanden seien, könnten nicht sojuzagen nach Parteiengründungen entschieden werden. Die richtige Frage sei hierfür ein schlagender Beweis. Es sei vollkommen klar, daß infolge aller augenblicklichen Umstände für absehbare Zeit das innige und freundschaftliche Zusammenwirken fortgesetzt werden müsse, das bisher so gute Ergebnisse gezeitigt habe.

Niemals sei dieses Zusammenwirken notwendiger gewesen als augenblicklich und dies sei der Grund, weshalb es sich noch in niger gestalten sollte. Lloyd George sei eine der größten Gestalten in der Weltgeschichte. Die Interessen des Landes würden nicht gefördert, wenn man Lloyd George schwäche. Es hieße eine sehr ernste Verantwortung übernehmen, wenn man die Regierung schwächen wollte, die jetzt vor dem Angesicht von ganz Europa als Vertreterin der festen Konventionen und höchsten Standes in der gesamten westlichen Zivilisation. Balfour forderte zum Schluß seiner Rede keine konservativen Freunde auf, der Koalitionsgovernment, deren Lasten seiner Ansicht nach von keiner anderen Regierung mit größerem Erfolge getragen werden könnten, volle Unterstützung zu leisten. Die Koalitionsgovernment habe das Recht, die volle und ganze Unterstützung zu fordern, ohne die Großbritannien in Europa nicht den Einfluß geltend machen könnte, den es allein besitze und den es, wie er ehrlich glaubt, für den Frieden der Menschheit anwende.

Die polnische Krise

D. E. Warschau, 7. März.

In einer Sitzung des Senatskonvents erklärte der Sejm-Marschall Trompczynski, daß die Verhandlungen mit der Wiener Delegation bisher kein Ergebnis gezeitigt hätten. Bonikowski hielt auf dem Standpunkt, daß kein Kabinett, welches zunächst die Geschäfte weiterführt, auf die Bedingungen der Wiener-Delegation unter keinen Umständen eingehen könne. Der „Kurjer Warszawski“ schreibt: Wenn der Sejm die Zugeständnisse an die Wiener-Delegation für notwendig halte, so müsse er schleunigst eine neue Regierung bilden, mit einem klaren und zielbewußten Programm. Indessen würde die Bildung eines neuen Kabinetts große Schwierigkeiten bieten. Die Kombination eines neuen Witos-Kabinetts als Zentrumsgovernment mit von Hall zu Hall zwischen Rechts und Links wechselnder Mehrheit wird in Sejmkreisen angesichts der heftigen Opposition der äußersten Linken und Rechten als wenig aussichtsreich betrachtet. Es läme vielleicht ein Beamtenministerium in Frage.

Verstärkung der Geschäftsordnung im Madenburger Landtag. Die bürgerliche Presse, die wegen der Aeußerungen des kommunistischen Abgeordneten von Wagnen in der Landtagsitzung vom 9. Dezember v. J. ihre Berichterstattung über die Landtagsitzungen eingestellt hatte, hat sich nunmehr zur Wiederaufnahme der Berichterstattung bereit erklärt, nachdem durch den Abgeordneten Erathropel im Landtage ein Antrag eingebracht worden ist, der die Bestimmungen der Geschäftsordnung zur Stärkung des Ansehens des Vorstehenden und zur Wahrung der Würde des Hauses einer Verstärkung unterzogen wissen will.

Sachverständigenkonferenz der Kleinen Entente. Die Konferenz der Sachverständigen der Kleinen Entente wurde gestern im Offiziersklub in Belgrad eröffnet. Zwischen den Vertretern Jugoslawiens, der Tschekoslowakei und Bulgariens fanden gestern Vorgesprächen zur Festlegung des Arbeitsprogramms statt.

Heute Zahlabend in Groß-Berlin

Rathenau über die Reparationen

Debatte im Hauptausschuß des Reichstages

Im Hauptausschuß des Reichstages sprach am Dienstag der Reichsminister des Innern Dr. Rathenau bei der Beratung des Haushaltsplanes für das nächste Jahr über das Reparationsproblem. Es gibt in Deutschland drei Auffassungen über das Reparationsproblem. Die erste, die von den Nationalisten vertreten ist, lehnt die Reparationsleistung strikte ab. Die zweite Auffassung, die bis zu einer bestimmten Grenze Reparationen leisten will, aber, daß mit aller Offenheit erklärt wird, die Forderungen seien vollkommen unerfüllbar. Die dritte Auffassung, die von den Sozialdemokraten vertreten ist, lehnt die Reparationsleistung strikte ab. Die dritte Auffassung, die von den Sozialdemokraten vertreten ist, lehnt die Reparationsleistung strikte ab. Die dritte Auffassung, die von den Sozialdemokraten vertreten ist, lehnt die Reparationsleistung strikte ab.

Das Ergebnis von Cannes

Itz trotz des vorzeitigen Abbruchs infolge des Rücktritts von Poincaré kein negatives gewesen. Cannes ermöglichte, den Vertretern der früher uns feindlichen Nationen unsere Gesamtlage darzulegen. Von einigen Kritikern wurde das Ergebnis von Cannes deshalb für wertlos erklärt, weil angeblich Genua von keiner Bedeutung des Reparationsproblems sein könne. Diefelben Kritiker legen dann aber die Boulogner Beschlüsse dahin aus, daß damit für Deutschland die letzte Hoffnung auf eine Besserung des Reparationsproblems verschwunden sei. Ich habe nie erwartet, daß einem aus vierzig, nicht durchweg am Friedensvertrage beteiligten, Nationen bestehendem Gremium, wie es die Genueser Konferenz darstellen wird, das Reparationsproblem und der Versailles Vertrag zur Beschlusfassung unterbreitet werden können. Dafür ist Genua niemals der Ort. Wohl aber wird es ermöglicht, in Genua die allgemeinen Ursachen der Weltzerfahrenheit zu erörtern und gemeinschaftlich mit den anderen Nationen nach Wegen zu suchen, die zu einer Gesundung des ganzen Kontinents führen. Praktisch wird Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich auch noch das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Leider gibt es zur Zeit keinen anderen Weg als den der Konferenzen. Sie geben uns immerhin die Möglichkeit mündlicher Aussprache und des persönlichen Kontaktes mit den Staatsmännern unserer Nachbarvölker. Dieser Weg ist dem Austausch von Noten vorzuziehen. Das für die Entwicklung des Reparationsproblems zuständige Gremium wird voraussichtlich die Reparationskommission bleiben. Zunächst kann es sich

Nur um provisorische Lösungen

handeln, denn auf der einen Seite herrscht ein gewaltiges Geldbedürfnis der empfangsberechtigten Staaten, auf der anderen Seite ist die Zahlungskraft Deutschlands, besonders in Formitteln, außerordentlich begrenzt. Schon die vorprovisorischen Debitenzahlungen von 21 Millionen Goldmark in den ersten Monaten dieses Jahres haben den Wechselkurs in starkem Maße zu Ungunsten Deutschlands beeinflusst. Die deutsche Leistungsfähigkeit in Goldmark findet direkt ihre Begrenzung in der Bewertung des Dollars an der Berliner Börse. Schließlich muß an die Stelle der provisorischen Regelung die endgültige treten. Die Weltverschuldung umfaßt Europa und Amerika. Die meisten Staaten sind gleichzeitig Gläubiger und Schuldner. Nur wir sind ausschließlich Schuldner. Wird das Verschuldungsproblem einigermaßen erträglich gelöst, dann ermöglicht das auch die Lösung des Problems der deutschen Reparationen. Dies kann aber nur unter Mitwirkung von Amerika geschehen. Der Kreditgewährung an Deutschland stehen zur Zeit noch

Die Bedingungen des Versailler Vertrages

entgegen. Vielfach ist man in Amerika wenig geneigt, sich mit den verwickelten Verhältnissen Europas zu befassen. Seine materiellen Interessen werden es dahin drängen, an der Lösung dieser Probleme mitzuwirken. Wenn wir auch immer noch weit vom wirklichen Frieden entfernt sind, so hoffen wir doch, daß der wahre Weltfrieden herannahet und daß die Konferenz in Genua sein Herannahen beschleunigt.

Abg. Dr. Hoehlich kritisiert das Programm Rathenaus als zu unklar und unbeständig. Wir dürfen in Genua den Franzosen usw. nichts versprechen, von dessen Unerfüllbarkeit wir überzeugt sind.

Abg. von Rheinbaben (DVP.) steht der Genueser Konferenz kritisch gegenüber, begrüßt, daß man soweit möglich, aktive Politik treiben wolle, und bedauert, daß der Minister nicht auf das Verhältnis zu Sowjetrußland eingegangen ist.

Abg. Dr. Weitzel (U.S.): Mit der von uns unterstützten Erfüllungspolitik ist erreicht worden, was zur Zeit überhaupt erreichbar ist. Gewisse Erleichterungen sind gewonnen. Mit der Erfüllungspolitik muß fortgefahren werden. Die Reparationsgewinne müssen möglichst beschränkt werden. Wie sieht es mit dem Konzeptionsplan zum Wiederaufbau Rußlands?

Rußland darf nicht ein Ausbrennungsobjekt des internationalen Kapitals werden. Wie steht es mit den diplomatischen Beziehungen zu den Randstaaten und zu den Staaten der Kleinen Entente? — Abg. Baum (DVP.): Die Regierung hat die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes überschätzt. Sie hat zwar den Ruin Deutschlands von außen abgewendet, verzögert aber, daß sie den Ruin von innen her heraufbeschwört. — Abg. Dr. Haas (Dem.): Unsere Erfüllungspolitik muß und wird die Welt davon überzeugen, daß der Versuch sich als unmöglich erweisen wird. In der geistigen Atmosphäre des Auslandes hat sich ein Umschwung angebahnt, selbst in Frankreich. — Abg. v. Krenn (DVP.): Die Lage von der deutschen Schuld am Weltkrieg muß energisch zurückgewichen werden. — Abg. Dr. Levi (Kom.): Nur der Wille der Arbeiterklasse zum Wiederaufbau kann die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen. Wir dürfen uns nicht in Genua die Hände binden lassen, namentlich nicht Rußland gegenüber. — Abg. Müller-Franke (Soz.): Genua wird uns ein Stück weiter bringen. Nur wenn Deutschland ein Teil der Schuld, namentlich Belgien gegenüber, zugibt, kann es in der Frage der Kriegsschuld einen Erfolg haben. Auch wir wissen, daß Deutschland nicht die Allein Schuld hat.

Reichsaußenminister Dr. Rathenau: Auf ein bestimmtes Programm für Genua können wir uns nicht festlegen. Das neue Abkommen in der Reparationsfrage geht von der gebundenen Leistung zum freien Verkehr über. Die Gefahr eines Reparationskonventioneninterims besteht nur dann, wenn, wie im Kriege, das

Reich als Besteller auftreten würde. Der Preis wird sich lediglich nach Angebot und Nachfrage regeln. Von dem Aufbaufonzern für Zentral- und Osteuropa in London uns auszuschließen, wäre falsch. Die russischen Interessen wird Deutschland dabei stets achten. In eine „Kolonisation“ ist dabei nicht gedacht. Es handelt sich um eine Kooperation, um Osteuropa zu Hilfe zu kommen.

Abg. Dr. Haas (Ztr.) billigt im großen und ganzen das Programm des Außenministers. Die Erfüllungspolitik hat unzweifelhaft Erfolge zu buchen. — Abg. Dr. Hoehlich (Dnt.): Die Regierungspolitik in der Reparationsfrage nähert sich immer mehr unserem Standpunkt, daß die Erfüllung der Reparationen unmöglich ist. — Abg. v. Rheinbaben (D. Sp.) wünscht auf jeden Fall, mit oder ohne internationales Konstruktum eine direkte und aktive Politik mit Rußland.

Hierauf wandte sich der Ausschuß der Einzelberatung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amtes zu. — Dr. Pachtold (Dem.) befragt einen Antrag, die Ausgaben für die Reichszentrale für Heimatdienst zu erhöhen. — Abg. Graf Westarp (Dnt.) wandte sich gegen den Antrag und forderte, daß die Pressestellen in den verschiedenen Ministerien zu einer Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung zusammengelegt werden. — Mittwoch: Weiterberatung.

Preussischer Landtag

Dienstag, den 7. März 1922

Die Aussprache über die kommunistischen Anträge betr. den Hungerstreik, die Lage der Gefangenen, Gelde einer Amnestie usw. wird fortgesetzt.

Abg. Lieblnecht (USP.):

Die Auffassung über die Klassenjustiz, die bis jetzt vornehmlich in Arbeiterkreisen vertreten war, hat sich heute bereits bis tief in das demokratische empfindende Bürgertum hineinverpflanzt. Immer größere Kreise des Volkes sind zu der Ansicht gekommen, daß den bedauerlichen Opfern der Schnelljustiz endlich geholfen werden muß. Einzelheiten anzuführen, werden wir uns bei der Beratung des Justizrats vorbehalten. Die Klassenjustiz ist eine Kränklichkeitsercheinung am Volkskörper, die sich in gleicher Weise auf allen Gebieten der Verwaltung bemerkbar macht. Der Fall der Auslieferung der Spanier ist ein Ausfluß dieses Geistes und ein großer Verstoß der deutschen und auch der preussischen Regierung gegen jedes Menschlichkeitsgefühl und nur geeignet, das Ansehen der deutschen Republik im Auslande herabzusetzen. Auf die Anfrage meines Parteifreundes Raabold wegen der Stellungnahme der preussischen Staatsregierung hat die Regierung sich ausgesprochen. Es steht fest, daß, als die Staatsregierung auf Anfrage über den Stand der Angelegenheit die Antwort gab, die Vorbereitung sei noch nicht abgeschlossen, die Vorbereitungen für die Auslieferung und den Transport schon getroffen waren. Es steht weiter fest, daß die Staatsregierung nicht das geringste unternommen hat, um das Unrecht zu schärfen. Der Reichsjustizminister Raabold hat sich durch die Parallele mit dem Fall Erzberger auf eine falsche Bahn drängen lassen. Er hätte sich sagen müssen, daß die Auslieferung, die Marburger Studenten usw. als politische Verbrecher behandelt und deshalb auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. Dezember 1920 amnestiert worden sind. Hätte der Reichsjustizminister sich das gesagt, so hätte er in dieser Auslieferungstrage auch eine Haltung einnehmen müssen, die mit der Rechtsauffassung in den drei letzten Beschlüssen in Einklang zu bringen gewesen wäre. Mit aller Schärfe wenden wir uns gegen die Auslieferung einer Verleumdung von Seiten der spanischen Regierung an preussische Beamte für die Festnahme und Auslieferung der spanischen Staatsangehörigen. Wir erheben, unseren Antrag, der die Annahme irgendeiner Belohnung ablehnt, anzunehmen.

Den ablehnenden Neuerungen der bürgerlichen Parteivertreter gegen eine allgemeine Amnestie muß doch entgegengehalten werden, daß zwischen den Taten von rechts und links ein gewaltiger Unterschied besteht. Während die politischen Vergehen von links im Effekt begangen wurden und in ihren Motiven zurückzuführen sind auf Bestrebungen zur Durchführung der heiligsten Grundrechte der Menschheit und zum Schutze der republikanischen Verfassung, handelt es sich bei den Vergehen von rechts um politische Taten, die unter Bildung von Mörderorganisationen selbst mit dem Mittel des meuchlerischen Mordes den Sturz der Republik und die Wiederherstellung der Junker- und Offiziersherrschaft herbeiführen wollen. Die Angehörigen dieser Mörderorganisationen, denen neben Rosa Luxemburg, meinem Bruder und zahlreichen anderen Kämpfern des Proletariats auch Erzberger zum Opfer fiel, genießen vor dem bürgerlichen Gericht alle Vorrechte der sogenannten politischen Verbrecher, während die politischen Verbrecher von links zu gemeinen Verbrechern gekemelt werden und die ganze Schwere des Strafgesetzes zu spüren bekommen. Nur eine schnelle Durchführung einer allgemeinen Amnestie für politische Vergehen kann hier Abhilfe schaffen.

Abg. Kühn (Komm.) wendet sich gegen die harten Sondergerichtsurteile.

Eine kommunistische Rinderei

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.): Der Mord an Dato war ein politisches Verbrechen. In Spanien hat man die gewerkschaftlichen Organisationen aufgelöst und zerstört. Durch Terrorakte wurde die Arbeiterkraft ihrer Führer beraubt. Im Reichstag hat der Reichsjustizminister Raabold ein Loblied auf die Heiligkeit des Unrechtes angestimmt. Während die Arbeitervertreter über die Sicherung des Unrechtes beraten sollten, um dieses Unrecht wirklich zu festigen, da legt man in Preußen-Deutschland die Hände in den Schoß. (Zuruf des Abg. Raabold: Bierabend!) Ja, statt dessen veranstalten die Mehrheitssozialisten Bierabende. Präsident Leinert hat sogar die kommunistische Partei dazu eingeladen. (Präsident Leinert: Was hat diese Einladung mit der Sache zu tun? Wir stehen jetzt augenblicklich bei den kommunistischen Anträgen.) Der Präsident hat um eine Antwort auf seine Einladung bis heute abend gehalten. Ich werde sie ihm hiermit voll Verachtung ins Gesicht. (Abg. Schulz (Komm.) wirft ein zusammengekrüppeltes Papier auf den Präsidenten.) Präsident Leinert läßt von einem Diener das Papier entleeren. — Große Unruhe und Zurufe: Unerbört! Wir verlangen eine sofortige gesetzliche Sicherung des Unrechtes.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Der kommunistische Antrag auf Unterstützung der Angehörigen politischer Gefangenen wird dem Rechtsausschuß überwiesen, die übrigen Anträge der Kommunisten und Unabhängigen werden abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Bodenverbesserungen. — Durch das Gesetz wird der Staatsregierung ein Betrag von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dessen Zinsen öffentlich-rechtlichen Verbänden und ähnlichen Vereinigungen zur Förderung von Bodenverbesserungen jeglicher Art Zinserleichterungen im Wege unverzinslicher, spätestens nach 30 Jahren zurückzahlbarer Darlehen gewährt werden können.

Abg. Bürger (U. Soz.): Dem Gesetzentwurf stimmen wir im allgemeinen zu. Die in der Entschlebung aufgestellten Forderungen lehnen wir ab.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung mit einem Zusatzantrag zum § 1 angenommen. Es folgt nunmehr die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Einverleibung der Landgemeinde Worringen in die Stadtgemeinde Köln und die Regulierung der zukünftigen Grenze zwischen dem Stadtkreis Köln und dem

Landkreis Neuh. — Die Einverleibung soll ab 1. April 1922 in Kraft treten. — Zwei deutsch-nationale Anträge fordern, daß das Staatsministerium vor Einbringung von Gesetzentwürfen über Eingemeindungen dafür Sorge trägt, daß eine Entschädigung des Restlandkreises für die entstehenden Nachteile und für die Verminderung der Steuerkraft gesichert wird.

Abg. Walfraf (Dnt.) begründet die Anträge seiner Partei. Abg. Kaulen (Ztr.): Die Interessen der Landgemeinde Köln heißen besonders Berücksichtigung. Industriegebiete sind nötig zur Durchführung der Pläne bezüglich des Kölner Hafens.

Abg. Brecon (Soz.): Die Eingemeindung ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Besonders wichtig ist es, daß die Stadt Köln bei der vorliegenden Eingemeindung auf die zukünftige Entwicklung seiner Wirtschaft sieht. Leider Gottes kommen das Reich und der Staat vielen kommunalen Bestrebungen sehr wenig entgegen. Der Anschließ an die Weltwirtschaft und damit der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn die Kommunen wie vor dem Kriege wieder leistungsfähig werden. Zu späte Eingemeindungen haben sich in anderen Städten bisher bitter gezeigt.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schäling (Ztr.), Eisehoff (DVP.) und Gottschalk (Dem.) wird das Gesetz gegen die Deutsche Volkspartei und einigen Zentrumsgesandten angenommen. Die deutsch-nationalen Anträge werden teils angenommen, teils dem Gemeindevorstand überwiesen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Posen.

Abg. Regenborn (Dnt.) befürwortet den Ausschussantrag, den Landeshauptmann an der Neuwahl nicht zu beteiligen und sieht darin einen Ausfluß der sozialdemokratischen Reichspolitik.

Abg. Schälich (Soz.): Herr Regenborn sollte doch wissen, was uns hindert, Oberschlesien auseinanderzureißen. Wenn wir wirklich rücksichtslos Machtspolitik treiben würden, so wäre ein Mann wie Herr Regenborn heute nicht mehr Regierungsbeamter.

Das Gesetz wird in der Ausschussfassung angenommen. Der Entwurf zur Änderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes, der die Geldstrafen auf den sechsfachen Betrag erhöht, geht zur abermaligen Beratung an den Ausschuss zurück.

Ohne Aussprache an Ausschüsse verlesen werden das Gesetz über die Aufhebung der Bestimmungen zur Jagdordnung zu Hannover sowie der Entwurf zur Änderung des Mittelschullehrer-Dienstverordnungs-Gesetzes.

Nach Erledigung einer Reihe von Eingaben vertagt sich das Haus am Mittwoch 12 Uhr: Kultushaushalt (Elementarschulwesen). Schluß 5 Uhr.

Die angebliche Ueberfremdungsgefahr

Im Steuerauschuß des Reichstages wurde am Dienstag des Kapitalverkehrssteuergesetz weiter beraten. Ein Antrag Dr. Zapf (D. Sp.) wollte die Bestimmungen des § 14 streichen, in denen die Mehrstimmrechtsaktien einer besonderen Besteuerung unterworfen werden. — Ein Regierungsvortrager: Soweit die Abwehr der Ueberfremdung in Frage kommt, steht das Gesetz die Steuerbefreiung vor. Im übrigen ist die steuerliche Heranziehung des im erhöhten Stimmrecht liegenden wirtschaftlichen Mehrwertes der Aktien gerechtfertigt. — Ein demokratischer Antrag wünscht, daß die Vorschriften des § 14 keine Anwendung finden, soweit das erhöhte Stimmrecht dem Reiche, den Ländern oder Gemeinden zusteht, oder sofern es auf die Fälle der Besetzung des Aufsichtsrats, der Änderung der Satzung oder der Auflösung der Gesellschaft beschränkt ist. — Abg. Bernstein (Soz.): Da nur besonders kapitalträchtige Schulden von dieser Steuer getroffen werden, ist eine steuerliche Begünstigung einzelner Aktiengesellschaften unangebracht. — Abg. Dr. Borch (U. Soz.) lehnt gleichfalls die Befreiungsanträge ab. — Der Antrag Dr. Zapf (D. Sp.) wird abgelehnt, dagegen wurde ein demokratisch-volksparteilicher Antrag angenommen, der verschiedene Fälle anführt, in denen die Vorschriften des § 14 auf Aktien mit erhöhtem Stimmrecht keine Anwendung finden. — Eine lebhafteste Erörterung entspann sich über die Besteuerung der Kunden- und Privatgeschäfte. Die Steuerstaffel wurde in der Fassung der ersten Lesung angenommen. — Ein demokratisch-volksparteilicher Antrag will die vorgesehene Ermächtigung der Regierung beseitigen, die Steuer für Händlergeschäfte bis auf zwei vom Tausend, für Kundengeschäfte bis auf 10 vom Tausend und für Privatgeschäfte bis auf 20 vom Tausend zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Zentrumsantrag, wonach der Reichswirtschaftsrat ermächtigt wird, bei der Reichsregierung Maßnahmen zur Ermäßigung der Steuer anzulegen. § 61 (Ermächtigungsvorschrift) wurde in der Fassung erster Lesung angenommen. Weiterberatung Mittwoch.

Hauptversammlung der Zeitungsverleger

Die unaushaltbar und in bedrohlicher Weise sich weiter verschärfende wirtschaftliche Lage der deutschen Presse hat den Verein Deutscher Zeitungsverleger (Herausgeber der Deutschen Tageszeitungen) e. V. gezwungen, zum Montag den 13. März 1922 eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar (Saal der Erholung) einzuberufen, an der teilzunehmen er auch die Zeitungsverleger bittet, die ihm nicht als Mitglieder angehören. In dieser Versammlung soll die Gesamtheit der deutschen Zeitungsverleger Stellung zu der derzeitigen überaus kritischen wirtschaftlichen Lage der deutschen Presse nehmen und Maßnahmen beraten, die geeignet sind, einer Zeitungs-Katastrophe vorzubeugen, die unser nationales und wirtschaftliches Leben in seinen Grundlagen erschüttern muß. Es wird der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß die deutschen Zeitungsverleger in der Erkenntnis, daß es jetzt tatsächlich um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse geht, möglichst zahlreich an den Verhandlungen teilnehmen werden.

Der überseeische Pressedienst

Zu der Anfrage im englischen Unterhause, wie sich die englische Regierung zu der „antibrillanten und antifranciaischen Propaganda“ stelle, die der deutsche drahtlose Pressedienst angeblich von Nauen aus über die ganze Erde verbreite, teilt die Transocean G. m. b. H. mit: Die Anfrage im Unterhause entsprang einem offenbar von der Presse Lord Northcliffe hervorgerufenen Irrtum. Einen deutschen drahtlosen Propagandendienst gibt es nicht, der von Nauen in deutscher und englischer Sprache ausgehende Pressedienst der Transocean G. m. b. H. ist lediglich ein journalistisches Geschäftsbüro aus zusammengekauft und dazu bestimmt, die Vertreter von Transocean in entferntgelegenen, vor allem in überseeischen Ländern, sowie andere an den Nachrichten interessierte Organisationen und Einzelpersonen über die wichtigsten Vorgänge in Politik und Wirtschaft zu unterrichten. Gerade auf die tendenziöse Objektivität in Form und Inhalt dieser Nachrichten ist es zurückzuführen, daß der Dienst auch von fremdsprachigen Zeitungen überall im Auslande und auch auf nichtdeutschen Schiffen aufgenommen und verbreitet wird.

Warenverteilungsstelle des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Schönhauser Allee 173 (Eingang Schwedter Straße) * Engelauer 30 * Binnenstraße 185
 Köpenick, Kaiser-Wilhelm-Straße 101
 Karlshorst Waldsiedlung * Friedrichshagen, Scharnweberstr. 4
 Wildau * Spandau, Friedrichstraße, Ecke Albenbachstraße

Den Gewerkschaftsmitgliedern zur Kenntnis, daß der Verkauf von Wäsche und Schuhwaren in unserer Verteilungsstelle „Sebastianstr. 37-38“ ab Donnerstag, den 9. März 1922, eingestellt wird, da hier nur noch Herren- und Damen-Bekleidung zur Verteilung kommt. In den oben angeführten Verteilungsstellen sind nach wie vor unsere bewährten Qualitätswaren erhältlich.

Geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr * Verbandsbuch ist unbedingt mitzubringen

Theater u. Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr: *Büchsen von Kellbronn*

Neues Volkstheater
 8 Uhr: *Die Gezeiten*
 9 1/2 Uhr: *Der zerbrochene Krug*

Staatstheater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: *Tosca*
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: *Don Carlos*

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: *Ein Traumspiel*
 Kammerspiele
 8 Uhr: *Anatol*
 Großes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: *Orpheus i. d. Unterwelt*

Theater i. d. Königgräber Str.
 Täglich 7.30 Uhr
Die wunderlichen Geschichten
 des Kapellm. Kreisler

Komödienhaus:
 Täglich 7.30 Uhr
Karussell
 mit Maria Orska
 Joh. Niemann
 Ralph W. Roberts

Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr
Einer von uns
 Carl Clewing, Oscar Sabo
 Leonhard Hasel
 Malitta Kiefer

Apollontheater
 Friedrichstraße 210
Naturaktisches Ballett
Der Venusberg
 Gastspiel von Paul Beckert

Circus Busch
 Tgl. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2 Uhr
 Das gewollte
Wander-Schauspiel
Sörtebeker
 der Herrscher
 8. Festspiele
 M. Steckelmann
 Berlin W9, Potsdamer
 Str. 135 (Telefon 9290)

Zeisfeldtheater
 6. und 8. Fach, kauft ständig
M. Steckelmann
 Berlin W9, Potsdamer
 Str. 135 (Telefon 9290)

Bankazinn
 Vorkasse, Wert, Wechsel,
 Lager, Kasse, in
 allen Geschäften
 Metro-Haus
 Schöneberg, Köpenick, Spandau

Altmetalle
 kauft zu Engrospreisen
 Eisen, Metall, Erzeugnisse
 O 27, Blankenfeldestr. 4
 Nähe Alexander-Platz
 Fahrkosten wird. vorg.

Metallankaufsstelle
 Osten,
 Grüner Weg 90
 zahlt Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
 Blei, Zink etc.**

Trünouga Konfitüren

nur an Grossisten!
Eckardt & Neuschaefer
 Fabrik und Kontor: Berlin O 27
 Krautstr. 4-5 Tel. Alex. 5257

Ladeneinrichtung

Repositorium, Tombank, Schankapparat
 mit vollständiger Einrichtung sofort
billig zu verkaufen
 Kantine / Breite Straße 8-9

Geschlechtsleiden

jeder Art Syphilis, Harterhören-Ausfluss, Hautausschläge, Wunden,
 Geschwüre, frisch und veraltet, bei Männern und Frauen, werden
 schnell und gründlich mit geltem, dauerndem Erfolge nach arpro-
 bier und wissenschaftlich anerkannter Heilmethode behandelt
 speziell mit mikro-physikalischem Licht- und Naturheilverfahren
 usw. — Keine ärztliche Behandlung, nur nach genauer Untersuchung
 in der Heilanstalt. Sprech- und Behandlungszeit: 9-1, 4-7 1/2.
 Sonntags und Feiertags: 9-1.

Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren!
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
 approbiert im Auslande,
 von der deutschen Regierung anerkannt.
Berlin SO 16, Brückenstraße 10b,
 am Bahnhof Jannowitzbrücke.

30jähr. Praxis

Altmetalle

unverbleibbare Preise
 zahlr. Badstr. 34, Hof

Spez. Verh. Jsmias
 1. Hälfte, Befäh. u. Betr. Da-
 schen. Halle in 15 Tag. be-
 seit. u. überh. unanw. f. d.
 Heiler, betriebl. u. Refektor.
 Invalidenstr. 106, Jacoby

Bettlinsen
 Scherung 10f. Alter u. Gr.
 schicht angeh. Auskucht
 unanw. Berl. (aut. Bet.
 Gg. Englbrecht, Müllers-
 chen C 18, Baumgarten 9.

Feldstecher
 Ferngläser
 Mikroskop
 Kauf DWZ
 Oranienstraße 138.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin

Bekanntmachung

Der am 26. 4. 1921 vom Kassenausschuss be-
 schlossene und am 7. 2. 1922 vom Vorstand ab-
 geänderte 10. Nachtrag zur Satzungsänderung ber.
 die §§ 48 und 59 ist vom Oberverwaltungsamt
 Berlin genehmigt und mit dem 14. Februar 1922
 in Kraft getreten.

Gesellsch. ist der in der Vorhandlung am
 22. 11. 1921 und am 13. 12. 1921 vom Kassenauss-
 schuss beschlossene 11. Nachtrag zur Satzungsänderung
 betr. die §§ 20, 25a und 42 mit Ausnahme des
 § 42 am 22. Februar 1922 vom Oberverwaltungsamt
 Berlin genehmigt. Der Nachtrag ist bereits
 mit dem 6. August 1921 in Kraft getreten.

Berlin, den 7. März 1922.

Der Vorstand.
 Otto Gronau, Willi Linde mann,
 Vorsitzender, Schriftführer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
 Telefon Amt Norden Nr. 833-836

Achtung! Künftgewerbe

Am Freitag, d. 10. März 1922, nachm. 5 Uhr
 im Reichberger Hof, Reichberger Straße 147

Bersammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen,
 die in den Betrieben des Berliner
 Kunstgewerbes beschäftigt sind

Tagesordnung:
 1. Stellungnahme zu den bevorstehenden
 Lohnverhandlungen.
 2. Diskussion.

Mitgliedsbuch legitimiert.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist
 vollständiges Erscheinen Pflicht.

Achtung! Stenmer u. Kesselschmiede

Am Donnerstag, den 9. März 1922
 abends 7 Uhr

Bersammlung

aller Stenmer u. Kesselschmiede
 bei Sachse, Einhornstr. 2

Tagesordnung:
 Stellungnahme zum Schlichtungs-
 Spruch.

Pflicht jedes Kollegen ist es, zu erscheinen. Auch
 die Nachschicht muß zur Stelle sein.

Der Kommissionenmitglieder treffen sich dort
 um 6 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Allgem. Ortskrankenkasse Neukölln

Geschäftsstelle Neukölln, Weichselstraße 8

Bekanntmachung

Auf Grund der Bestimmungen der Wahlordnung
 geben wir hiermit in Bezug auf die auszuführenden
 Wahlen zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse
 Neukölln folgendes bekannt:

Die einzigerliche Wahlordnung für die Vertreter
 der Arbeitgeber, beginnend mit dem Namen August
 Teichert, Weichselstraße 10, und endigend mit dem
 Namen Franz Schulz, Weichselstraße 101 a, ist
 als einziger Wahlvorschlager der Arbeitgeber ein-
 gegangen. Der Wahlvorschlager enthält drei Vertreter
 und sechs Beisitzer.

Der einzigerliche Wahlvorschlager der Arbeitgeber
 beginnend mit dem Namen Alfred Schlichter,
 Berliner Straße 98, endigend mit dem Namen
 Siegmund Polakiewicz, Hermannstraße 221, ist
 als einziger Wahlvorschlager der Arbeitnehmer ein-
 gegangen. Der Wahlvorschlager enthält drei Vertreter
 und sechs Beisitzer.

Die in beiden Wahlvorschlagen aufgeführten
 Personen gelten als gewählt.

Die für den 30. März 1922 anberaumten
 Wahlen werden hiermit ausgeschrieben.

Die Wahlvorschlager können von den Wahl-
 berechtigten im Geschäftslokale Weichselstraße 8 (Jugend-
 Passage 12, II. Etage, Zimmer 6, werktäglich in
 der Zeit von 8 bis 1 Uhr einesehen werden. Sie
 können innerhalb zwei Wochen vom Tage dieser
 Bekanntmachung ab persönlich angefordert werden.
 Nachfragen sind bei dem Vorstand der Allgemeinen
 Ortskrankenkasse Neukölln oder bei dem Ver-
 ständlichenamt Neukölln anzubringen.

Neukölln, den 6. März 1922.

Der Kassenvorstand
 Heese, Vorsitzender. Ritter, Schriftführer.

Botenfrauen sofort gesucht

Austrage lohn
 pro Monat u.
 Abonnement **M. 4.20**

Expedition Wengels
 D, Cadiner Straße 11
 Tour: Liebigstraße

Expedition Werner
Greifswalder Straße 29

Expedition W u h h
Choriner Straße 68

**Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen,
 einen Abonnenten zu gewinnen!**

Ausschnitten! Aug

Stargershall Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichneter bestell hiermit vom

1 Exemplar der **zwei mal** täglich erscheinenden Zeitung
„Freiheit“

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
 mit den

Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Freuenwelt“ u. „Jugend-Gewisse“
 zum Preise von Mk. 25.— monatlich, Mk. 12.50 halbjährlich,
 bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
 Ort: _____
 (Mitteln beizufügen, Adresse genau anzugeben: vom. Kol. Off., Darmst.)

**Diesen Vorkauf bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
 oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.**

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Expeditionen des
 Verlags - Geschäftsstelle Berlin C 2
 Breite Straße 5-9

Kaufgesuche

Schallplatten alte, kauft
 Metallkassette, 20, 30, 40,
 alle Jahrszahl, 100, 200,
 300, 400, 500, 600, 700,
 800, 900, 1000, 1100, 1200,
 1300, 1400, 1500, 1600, 1700,
 1800, 1900, 2000, 2100, 2200,
 2300, 2400, 2500, 2600, 2700,
 2800, 2900, 3000, 3100, 3200,
 3300, 3400, 3500, 3600, 3700,
 3800, 3900, 4000, 4100, 4200,
 4300, 4400, 4500, 4600, 4700,
 4800, 4900, 5000, 5100, 5200,
 5300, 5400, 5500, 5600, 5700,
 5800, 5900, 6000, 6100, 6200,
 6300, 6400, 6500, 6600, 6700,
 6800, 6900, 7000, 7100, 7200,
 7300, 7400, 7500, 7600, 7700,
 7800, 7900, 8000, 8100, 8200,
 8300, 8400, 8500, 8600, 8700,
 8800, 8900, 9000, 9100, 9200,
 9300, 9400, 9500, 9600, 9700,
 9800, 9900, 10000, 10100, 10200,
 10300, 10400, 10500, 10600,
 10700, 10800, 10900, 11000,
 11100, 11200, 11300, 11400,
 11500, 11600, 11700, 11800,
 11900, 12000, 12100, 12200,
 12300, 12400, 12500, 12600,
 12700, 12800, 12900, 13000,
 13100, 13200, 13300, 13400,
 13500, 13600, 13700, 13800,
 13900, 14000, 14100, 14200,
 14300, 14400, 14500, 14600,
 14700, 14800, 14900, 15000,
 15100, 15200, 15300, 15400,
 15500, 15600, 15700, 15800,
 15900, 16000, 16100, 16200,
 16300, 16400, 16500, 16600,
 16700, 16800, 16900, 17000,
 17100, 17200, 17300, 17400,
 17500, 17600, 17700, 17800,
 17900, 18000, 18100, 18200,
 18300, 18400, 18500, 18600,
 18700, 18800, 18900, 19000,
 19100, 19200, 19300, 19400,
 19500, 19600, 19700, 19800,
 19900, 20000, 20100, 20200,
 20300, 20400, 20500, 20600,
 20700, 20800, 20900, 21000,
 21100, 21200, 21300, 21400,
 21500, 21600, 21700, 21800,
 21900, 22000, 22100, 22200,
 22300, 22400, 22500, 22600,
 22700, 22800, 22900, 23000,
 23100, 23200, 23300, 23400,
 23500, 23600, 23700, 23800,
 23900, 24000, 24100, 24200,
 24300, 24400, 24500, 24600,
 24700, 24800, 24900, 25000,
 25100, 25200, 25300, 25400,
 25500, 25600, 25700, 25800,
 25900, 26000, 26100, 26200,
 26300, 26400, 26500, 26600,
 26700, 26800, 26900, 27000,
 27100, 27200, 27300, 27400,
 27500, 27600, 27700, 27800,
 27900, 28000, 28100, 28200,
 28300, 28400, 28500, 28600,
 28700, 28800, 28900, 29000,
 29100, 29200, 29300, 29400,
 29500, 29600, 29700, 29800,
 29900, 30000, 30100, 30200,
 30300, 30400, 30500, 30600,
 30700, 30800, 30900, 31000,
 31100, 31200, 31300, 31400,
 31500, 31600, 31700, 31800,
 31900, 32000, 32100, 32200,
 32300, 32400, 32500, 32600,
 32700, 32800, 32900, 33000,
 33100, 33200, 33300, 33400,
 33500, 33600, 33700, 33800,
 33900, 34000, 34100, 34200,
 34300, 34400, 34500, 34600,
 34700, 34800, 34900, 35000,
 35100, 35200, 35300, 35400,
 35500, 35600, 35700, 35800,
 35900, 36000, 36100, 36200,
 36300, 36400, 36500, 36600,
 36700, 36800, 36900, 37000,
 37100, 37200, 37300, 37400,
 37500, 37600, 37700, 37800,
 37900, 38000, 38100, 38200,
 38300, 38400, 38500, 38600,
 38700, 38800, 38900, 39000,
 39100, 39200, 39300, 39400,
 39500, 39600, 39700, 39800,
 39900, 40000, 40100, 40200,
 40300, 40400, 40500, 40600,
 40700, 40800, 40900, 41000,
 41100, 41200, 41300, 41400,
 41500, 41600, 41700, 41800,
 41900, 42000, 42100, 42200,
 42300, 42400, 42500, 42600,
 42700, 42800, 42900, 43000,
 43100, 43200, 43300, 43400,
 43500, 43600, 43700, 43800,
 43900, 44000, 44100, 44200,
 44300, 44400, 44500, 44600,
 44700, 44800, 44900, 45000,
 45100, 45200, 45300, 45400,
 45500, 45600, 45700, 45800,
 45900, 46000, 46100, 46200,
 46300, 46400, 46500, 46600,
 46700, 46800, 46900, 47000,
 47100, 47200, 47300, 47400,
 47500, 47600, 47700, 47800,
 47900, 48000, 48100, 48200,
 48300, 48400, 48500, 48600,
 48700, 48800, 48900, 49000,
 49100, 49200, 49300, 49400,
 49500, 49600, 49700, 49800,
 49900, 50000, 50100, 50200,
 50300, 50400, 50500, 50600,
 50700, 50800, 50900, 51000,
 51100, 51200, 51300, 51400,
 51500, 51600, 51700, 51800,
 51900, 52000, 52100, 52200,
 52300, 52400, 52500, 52600,
 52700, 52800, 52900, 53000,
 53100, 53200, 53300, 53400,
 53500, 53600, 53700, 53800,
 53900, 54000, 54100, 54200,
 54300, 54400, 54500, 54600,
 54700, 54800, 54900, 55000,
 55100, 55200, 55300, 55400,
 55500, 55600, 55700, 55800,
 55900, 56000, 56100, 56200,
 56300, 56400, 56500, 56600,
 56700, 56800, 56900, 57000,
 57100, 57200, 57300, 57400,
 57500, 57600, 57700, 57800,
 57900, 58000, 58100, 58200,
 58300, 58400, 58500, 58600,
 58700, 58800, 58900, 59000,
 59100, 59200, 59300, 59400,
 59500, 59600, 59700, 59800,
 59900, 60000, 60100, 60200,
 60300, 60400, 60500, 60600,
 60700, 60800, 60900, 61000,
 61100, 61200, 61300, 61400,
 61500, 61600, 61700, 61800,
 61900, 62000, 62100, 62200,
 62300, 62400, 62500, 62600,
 62700, 62800, 62900, 63000,
 63100, 63200, 63300, 63400,
 63500, 63600, 63700, 63800,
 63900, 64000, 64100, 64200,
 64300, 64400, 64500, 64600,
 64700, 64800, 64900, 65000,
 65100, 65200, 65300, 65400,
 65500, 65600, 65700, 65800,
 65900, 66000, 66100, 66200,
 66300, 66400, 66500, 66600,
 66700, 66800, 66900, 67000,
 67100, 67200, 67300, 67400,
 67500, 67600, 67700, 67800,
 67900, 68000, 68100, 68200,
 68300, 68400, 68500, 68600,
 68700, 68800, 68900, 69000,
 69100, 69200, 69300, 69400,
 69500, 69600, 69700, 69800,
 69900, 70000, 70100, 70200,
 70300, 70400, 70500, 70600,
 70700, 70800, 70900, 71000,
 71100, 71200, 71300, 71400,
 71500, 71600, 71700, 71800,
 71900, 72000, 72100, 72200,
 72300, 72400, 72500, 72600,
 72700, 72800, 72900, 73000,
 73100, 73200, 73300, 73400,
 73500, 73600, 73700, 73800,
 73900, 74000, 74100, 74200,
 74300, 74400, 74500, 74600,
 74700, 74800, 74900, 75000,
 75100, 75200, 75300, 75400,
 75500, 75600, 75700, 75800,
 75900, 76000, 76100, 76200,
 76300, 76400, 76500, 76600,
 76700, 76800, 76900, 77000,
 77100, 77200, 77300, 77400,
 77500, 77600, 77700, 77800,
 77900, 78000, 78100, 78200,
 78300, 78400, 78500, 78600,
 78700, 78800, 78900, 79000,
 79100, 79200, 79300, 79400,
 79500, 79600, 79700, 79800,
 79900, 80000, 80100, 80200,
 80300, 80400, 80500, 80600,
 80700, 80800, 80900, 81000,
 81100, 81200, 81300, 81400,
 81500, 81600, 81700, 81800,
 81900, 82000, 82100, 82200,
 82300, 82400, 82500, 82600,
 82700, 82800, 82900, 83000,
 83100, 83200, 83300, 83400,
 83500, 83600, 83700, 83800,
 83900, 84000, 84100, 84200,
 84300, 84400, 84500, 84600,
 84700, 84800, 84900, 85000,
 85100, 85200, 85300, 85400,
 85500, 85600, 85700, 85800,
 85900, 86000, 86100, 86200,
 86300, 86400, 86500, 86600,
 86700, 86800, 86900, 87000,
 87100, 87200, 87300, 87400,
 87500, 87600, 87700, 87800,
 87900, 88000, 88100, 88200,
 88300, 88400, 88500, 88600,
 88700, 88800, 88900, 89000,
 89100, 89200, 89300, 89400,
 89500, 89600, 89700, 89800,
 89900, 90000, 90100, 90200,
 90300, 90400, 90500, 90600,
 90700, 90800, 90900, 91000,
 91100, 91200, 91300, 91400,
 91500, 91600, 91700, 91800,
 91900, 92000, 92100, 92200,
 92300, 92400, 92500, 92600,
 92700, 92800, 92900, 93000,
 93100, 93200, 93300, 93400,
 93500, 93600, 93700, 93800,
 93900, 94000, 94100, 94200,
 94300, 94400, 94500, 94600,
 94700, 94800, 94900, 95000,
 95100, 95200, 95300, 95400,
 95500, 95600, 95700, 95800,
 95900, 96000, 96100, 96200,
 96300, 96400, 96500, 96600,
 96700, 96800, 96900, 97000,
 97100, 97200, 97300, 97400,
 97500, 97600, 97700, 97800,
 97900, 98000, 98100, 98200,
 98300, 98400, 98500, 98600,
 98700, 98800, 98900, 99000,
 99100, 99200, 99300, 99400,
 99500, 99600, 99700, 99800,
 99900, 100000

Möbel

Möbelspeicher, 30, 31,
 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38,
 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45,
 46, 47,

Die Gemeindearbeiter-Lohnbewegung
Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums

Wie wir bereits mehrfach mitgeteilt haben, sind am 22. Februar vom Lohnrat der Gemeindearbeiter dem Magistrat neue Lohnforderungen für die städtischen Arbeiter eingereicht worden. Der Magistrat hat sich in zwei Sitzungen damit beschäftigt und sich dahin entschieden, daß die Forderungen in der gestellten Höhe nicht bewilligt werden können.

Das vom Reichsarbeitsministerium gestellte Schiedsgericht begann seine Arbeit gestern vormittag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Möllendorf. Der Magistrat war durch den Kammerer Dr. Karbing und die Stadträte Wege und Schilling vertreten. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde ein Schiedspruch gefällt. Während die Forderungen der Arbeiter, die Lohnsteigerungen abzustufen für die Zeit vom 1. bis 11. Januar, vom 1. bis 15. Februar und vom 16. Februar ab sieht der Schiedspruch eine Lohnsteigerung für den Monat Januar überhaupt nicht vor.

- 1. bis zum 18. Lebensjahr 200,— M.
2. vom 18. bis 21. Lebensjahr 300,— „
3. vom 22. bis 24. Lebensjahr 400,— „
4. über 24 Jahre 500,— „

Weiter sieht der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums eine Stundenlohnsteigerung, die vom 1. März an gelten soll, in folgenden Sätzen vor:

- bis zum 18. Lebensjahr 1,— M.
vom 18. bis 21. Lebensjahr 1,50 „
vom 22. bis 24. Lebensjahr 2,— „
über 24 Jahre 2,50 „

Die weiblichen Arbeiterinnen erhalten von den oben genannten Sätzen durchgängig 80 Prozent. Der Schiedspruch soll bis zum 1. März gelten.

Die Regelung des Lohnes der städtischen Arbeiter, für den noch immer die Sätze des im Herbst vorigen Jahres abgeschlossenen achten Lohntarifs gelten, hat sich durch die langwierigen Verhandlungen und den Streit um den Manteltarif hinausgezögert. Deshalb ist auch von allen Seiten anerkannt worden, daß der Lohn der städtischen Arbeiter angesichts der in den letzten Monaten aufgetretenen Teuerungswelle durchaus aufbesserungsbedürftig ist. Vergleicht man die Sätze des Schiedspruchs mit den von den Arbeitern erhobenen Forderungen, so ist augenfällig, daß der Schiedspruch etwa nur ein Drittel der erhobenen Forderungen bewilligte. Es muß an dem Schiedspruch unbedingt verurteilt werden, daß er den Monat Januar vollkommen unberücksichtigt läßt. Darin spricht sich eine vollkommene Verkennung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter aus, denn die Teuerungswelle hat bereits im Januar ganz erheblich eingegriffen und die städtischen Arbeiter haben dieser Preissteigerung mit einem ganz ungenügenden Lohn gegenübergestanden. Auch die Stundenlohnsteigerung, die vom 1. März ab vorgelesen ist, bleibt weit hinter der Forderung der Arbeiter zurück; insbesondere auch dadurch, daß eine in den Lohnstarifen der Reichsarbeiter übliche Gliederung nach Altersstufen für die Gemeindearbeiter neu eingeführt wird.

Die erweiterte Tarifdeputation der Gemeindearbeiter wird heute mittag zu dem Schiedspruch Stellung nehmen und wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wahrscheinlich beschließen, eine „Wangpunktliste“ zu veröffentlichen. Es wird damit gerechnet, daß der Schiedspruch angesichts der finanziellen Lage der kommunalen Betriebe, trotz der unzureichenden Erhöhung der Lohnsätze angenommen wird. Dies bedeutet um so mehr, als der Schiedspruch den Lohn nur bis 31. März erhöht und die städtischen Arbeiter demnach sofort eine neue Lohnbewegung infolge der immer weiter fortschreitenden Preissteigerung für die Zeit nach dem 31. März einleiten müssen. Wenn die Arbeiter trotz ihrer ungünstigen Notlage im Interesse

der Gesamtheit den Schiedspruch annehmen, so darf auf der anderen Seite von dem Magistrat erwartet werden, daß er ebenfalls ohne jedes Zögern zustimmt.

Sabotage des Elternbeirats
Zum Kapitel Schulreaktion

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Einrichtung der Elternbeiräte kann nur dann ihren Zweck erfüllen und Gutes im Interesse der Schule schaffen, wenn Lehrerschaft und Elternbeiräte gemeinsam im besten Einvernehmen arbeiten. Leider herrscht in den meisten Schulen die Institution der Elternbeiräte an der Sabotage reaktionärer Lehrer. Ein solches stramm deutschnationales Lehrerkollegium besitzt auch die 6. Gemeindeschule in der Lütticher Straße 4. Allen Sitzungen des Elternbeirats bleibt das Lehrerkollegium mit Ausnahme des Direktors trotz Einladung systematisch fern. In der letzten Sitzung des Elternbeirats beschloß dieser einstimmig, eine Elternversammlung mit dem Thema „Die weltliche Schule“ abzuhalten. Auch die christlichen Elternbeiräte stimmten für diese Versammlung. Das Lehrerkollegium weigerte sich aber, als die Versammlung stattfindend sollte, die Eltern durch die Schülerinnen der Schule in der üblichen Weise einzuladen. Es erreichte dadurch, daß die Versammlung unmöglich gemacht wurde.

Der Elternbeirat sieht sich nun genötigt, eine neue Versammlung am Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Lütticher Str. 47-48 abzuhalten. Der Genosse Lehrer Schumik wird über die weltliche Schule referieren. Von christlicher Seite wird ein Korreferent gestellt.

Sozialistische Eltern und Parteigenossen, erscheint in dieser Versammlung und gebt der deutschnationalen Gesellschaft die richtige Antwort!

Die Vollmilchmarken für den Monat April 1922 werden in sämtlichen Groß-Berliner Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben und zwar in Mi-Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahr am Freitag, den 10. Sonntag den 11. und Montag, den 13. für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahr am Dienstag, den 14. Mittwoch, den 15. und Donnerstag, den 16. März 1922. Ferner gelangen A-Karten (Karten für werdende Mütter) zur Ausgabe. Die A- und B-Kindermarken erhalten die 1/2 Liter und die B- und C-Kindermarken sowie die A-Milchmarken (für werdende Mütter) je 1/2 Liter Frischmilch täglich. Die auf Milchmarken zu verarbeitende Milch wird zum verbilligten Preise an die Bezugsberechtigten abgegeben. Die Inhaber von Milchmarken haben die Aprilmarken bis zum 24. März dem Milchhändler vorzulegen, die Milchmarken können in allen A-B-Milchgeschäften und in sämtlichen Kuhkällen zur Anmeldung gebracht werden. Wie bereits bekanntgegeben, ist trotz erhöhter Gestehungskosten der Kartennilchpreis auch für den Monat März auf 4 M. je Liter festgesetzt worden. Dieser Preis bezieht sich sowohl auf die Milchgeschäfte als auch auf die in Kuhhaltungen innerhalb der Stadt abgegebene Kartennilch.

Am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Berlin
Bezirks-Frauentag

Auf der Tagesordnung steht: Referat der Genossin Seger über „Unsere proletarische Frauenbewegung“

Diskussion über agitatorische und organisatorische Fragen. Zu dieser Konferenz muß jeder Bezirk Groß-Berlins eine Delegierte entsenden. Die Delegierten müssen in den nächsten Frauenabenden im März gewählt und die Namen im Frauensekretariat bekanntgegeben werden. Der Konferenz geht am Sonntag, den 2. April, ein Begrüßungsabend voraus, an dem sich außer den Delegierten alle Funktionärinnen beteiligen können. Auch die sozialistische Proletariatsjugend wird an diesem Begrüßungsabend teilnehmen und einige Darbietungen zum Besten geben.

Alle Genossinnen, denen es möglich ist, eine Delegierte aus der Provinz bei sich aufzunehmen, werden gebeten, ihre Adressen umgehend im Frauensekretariat, Breite Straße 8-9, anzugeben.

Der ermäßigte Kartennilchpreis kann allerdings nur dadurch beibehalten werden, daß ein erheblicher Teil der vom Reich zur Aufrechterhaltung der Milchversorgung während der schwierigsten Monate zur Verfügung gestellten Mittel zur unmittelbaren Milchverbilligung verwendet wird. Der Lage des Frühlingsmarktes entsprechend, sind die Kuhhalter innerhalb der Stadt jedoch nur verpflichtet, je Kuh und Tag 3 1/2 Liter Vollmilch an Kartenkunden abzugeben (gegenüber bisher 5 Liter je Kuh und Tag). Die darüber hinaus erzeugte Menge können sie freihändig zum Preise von 6,60 M. verkaufen. Die Kuhhalter erhalten aber zum 4 M.-Kartennilchpreise einen Barzulauf von 1 M. vom Milchamt, daneben eine Zuweisung erheblich verbilligter milchtreibender Kraftfuttermittel, die auf die Güte der Milch einen erheblichen Einfluss ausüben. Die von einem Teil der Kuhhalter geübte grundsätzliche Abweisung von Kartenkunden mit der Begründung der angeblichen Notlage der Kuhhalter ist daher nicht gerechtfertigt.

Die neuen Kohlenpreise

Die ab 1. d. M. eingetretene Erhöhung der Großhandelspreise für Kohle und die zwanzigprozentige Steigerung der Bahnfrachten haben eine entsprechende Heraushebung der Kleinverkaufspreise erforderlich gemacht. Diese betragen demnach mit Wirkung vom 4. d. M. für Röhren- und Ofenbrand: Gaskoks ab Lager 62,80 M., frei Keller 63,80 M. je Zentner; bei fuhrweiser Lieferung: Gaskoks 62,80 M., Weiß-, Oberid., Lichtend., Schmelzkoks und Berliner Kammerofenkoks 72,45 M., Niederid., Schmelzkoks 72,70 M., Sächsischer Häutenkoks 77,45 M. je Zentner.

Das Goldgehalt des Reichspräsidenten

Wie Gerüchte entstehen, zeigt ein Fall, der die hiesige Kriminalpolizei beschäftigt. Seit einiger Zeit wurde in Baden, Göttingen, Bielefeld, Magdeburg, kurz überall, wo Frauen und Männer in größerer Anzahl zusammenzukommen pflegen, herumgelaufen und auch wirklich geglaubt, daß der Reichspräsident, die Minister und andere hohe Reichs- und Staatsbeamte ihr Gehalt in Gold ausgezahlt bekämen, während das Volk mit Papiergeld überhäuft werde. Man dachte zunächst, daß irgendein „Witzbold“ einen gefährlichen Scherz aufgebracht habe. Jetzt aber hat die Kriminalpolizei festgestellt, woher das Gerücht wirklich stammt. Seine Urheberin ist eine alte Schwindscherin, die mit ihrer Erzählung bei leichtgläubigen Leuten gute Geschäfte macht. Ein Mann aus Brandenburg a. H. lernte auf der Eichenbahnfahrt von Burg bei Magdeburg nach seiner Heimat in einem Abteil vierter Klasse eine Frau in mittleren Jahren kennen, die sich Marie oder Maria Keller nannte und mit einem etwa 12 Jahre alten Mädchen, das sie Elvira oder Eva rief, reiste. Im Laufe der Unterhaltung kam man auf die allgemeine Notlage zu sprechen, und der Mann sagte, daß auch er darunter leide. Da erklärte die Frau, sie könne ihm helfen, weil sie im Kriegsministerium beschäftigt sei. Daraufhin lud er seine Reisegefährtin in seine Wohnung ein, und hier erzählte sie, daß die Regierungsbeamten vom Reichspräsidenten abwärts ihr Gehalt in Gold erhielten. So bekomme auch sie als Angestellte des Kriegsministeriums für 3000 Mark Papiergeld den gleichen Betrag in Gold. Leider habe sie augenblicklich nur noch 1500 Mark Papiergeld, so daß ihr jetzt 1500 Mark Gold verloren gingen. Der Mann war gern bereit, ihr, um diesen Verlust zu vermeiden, 1500 Mark Papiergeld zu borgen, um so lieber als sie ihm zum Besuche eine funktionsfähige Alttasche ließ, die wichtige Papiere des Kriegsministeriums enthielten sollten. Auf die Rückzahlung der 1500 Mark wartete er jedoch vergeblich. Und als er endlich sich sein Pfandstück näher ansah, mußte er zu seinem Leidwesen feststellen, daß die Alttasche nichts als ein Gesangbuch und alte Wäsche enthielt. Mit diesem Trick hat die Schwindscherin, so unglücklich das auch klingen mag, nicht bloß in der Provinz, sondern auch in Berlin in vielen Höfen Erfolg gehabt. Und so entstand das Gerücht von dem Goldgehalt des Reichspräsidenten und der Regierung. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, festzustellen, daß die Gaunerin die 38 Jahre alte Rosa Jaremba ist, die schon im Jahre 1919 wegen vieler Verbrechen zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde und jetzt nach Verbüßung ihrer Strafe umher reist, um neuen Schwundel zu treiben. Es ist noch nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

Die verbotene Schulfahne

Eine bürgerliche Korrespondenz schreibt: Als Beginn der Werbemache für die Jugendherbergen veranstaltete die Preussische Jugend am Sonntag einen großen Umzug durch den Ort. Jede Vereinigung, Wandervogel, Jungnationaler, Ruder- und Turnvereine, trug ihre Fahne voran, dergleichen familiäre Schulen. Auf Einspruch eines sozialistischen Lehrers,

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorli

Einzig autorisierte Übersetzung von Eugen Schall
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullrich & Co., Berlin

Jeden Tag gerieten Schwiegermutter und Schwiegertochter aneinander in die Haare. Ich staunte jedesmal, wie rasch und leicht das bei ihnen ging. Vom frühen Morgen an legten sie beide, ungestört und unordentlich angezogen, durch die Zimmer und machten ein Wesens her, als ob's im Hause brenne. Den ganzen Tag blieben sie in einer ewigen Hast und kamen nur bei den Mahlzeiten ein wenig zur Ruhe. Sie aßen und tranken so viel, daß sie überdull und müde wurden. Das Tischgespräch drehte sich nur ums Essen, falls sie nicht durch träge Wortschmähel sich auf ihre eigentlichen großen Kämpfe vorbereiteten. Was die Schwiegermutter auch an Speisen zubereitet haben mochte, die Schwiegertochter war nie zufriedengestellt und sagte jedesmal:

„Meine Mama hat das anders gekocht!“
„Anderes? Das heißt natürlich: schlechter!“
„Im Gegenteil, besser hat sie es gekocht!“
„Na, dann geh' doch wieder zu deiner Mama!“
„Hab' ich nicht nötig. Ich bin doch hier die Herrin!“
„So — und was bin ich?“
„Nun macht aber Schluß, ihr bißigen Hühner!“ mischte der Hausherr sich ein. „Seid ihr denn ganz verrückt geworden?“

Alles im Hause hatte einen absonderlichen, lächerlichen Anstrich. Der Weg von der Küche nach dem Wohnzimmer führte an dem einzigen kleinen, engen Kiolett vorüber. Alle Speisen wie auch der Samowar mußten den Weg durch diesen distrierten Raum nehmen, was zu zahlreichen komischen Mißverständnissen Anlaß gab. Es gehörte zu meinen Obliegenheiten, das Kiolettweiden in Ordnung zu halten, und mein Nachfolger hatte ich in der Küche, der Kiolettür gegenüber; mit dem Kopfe stieß ich gegen den heißen Herd, während meine Füße den kalten Fußsitz vom Aufhänger her bekamen.

In dem großen, den Salon mit den beiden Spiegeln an den Fensterpfosten standen zwei Spielische und ein Dutzend Wiener Stühle; als Wandschmuck dienten ein paar Bilder in Goldleisten, Extraportraits der illustrierten Zeitschrift „Kawa“. Das kleine Wohnzimmer war eng mit grellfarbigen Polstermöbeln verstellt; Teegeschirr und etliche Silberfachen, die zur Ausstattung der Hausfrau gehörten, standen nebst drei Lampen da und dort auf Wandbrettern umher. In dem

dunklen, fensterlosen Schlafzimmer standen, außer einem breiten Bett, etliche Schränke und Koffer, die stark nach Anoster und Kamillen rochen. Diese drei Räume wurden fast nie benutzt, die Hausbewohner zwängten sich, so gut es ging, in das kleine Wohnzimmer ein, in dem sie sich ewig im Wege waren. Gleich nach dem Morgentee, um acht Uhr, zog der Hausherr mit Hilfe seines Bruders den Tisch aus. Zeichenpapier, Reißzeug, Bleistifte und Taschen wurden zurechtgelegt, und nun gingen die beiden Zeichner, jeder an seinem Tischende, an die Arbeit. Der Tisch, der das ganze Zimmer einnahm, stand ein wenig wacklig. Kam die Wärlerin mit der Hausfrau aus dem Kinderzimmer, so stieß die eine oder andere ganz sicher an, und es gab dann regelmäßig einen kleinen Streit:

„Was habt ihr hier zu suchen? Macht, daß ihr fort kommt!“ schrie Viktor.

„Hörst du, Wajja?“ wandte sich die Hausfrau entrüstet an ihren Gatten. „Sag' ihm doch, daß er mich nicht so anschreien soll!“

„Ihr müßt euch ein bißchen in acht nehmen, daß ihr nicht anstoßt,“ erwiderte der friedliebende Wajja.

„Du weißt, daß ich in anderen Umständen bin, hier ist's so eng...“

„Nun gut, dann werden wir im Salon arbeiten.“

„Im Salon arbeiten!“ rief die Hausfrau außer sich. „Am Gottes willen, wer hat so was gehört!“

In der Kiolettür erschien das von der Küchenhilfe gerötete, boshafte Gesicht Matronja Sergejewnas.

„Hörst du, Wajja?“ schrie sie. „Du kannst im Ofenwinkel arbeiten, und sie draußt vier Zimmer, um ein Kind zu kriegen. Mein, wie vornehm und edel — wär' nur nicht so leer der Schüssel!“

Viktor lachte höhnisch, und der Hausherr schrie:

„Nun hab' ich's aber satt!“

Die Schwiegertochter gibt eine Flut von giftigen Schimpfworten von sich, läßt sich breit auf den Stuhl fallen und frech:

„Ich geh' fort von hier! Ich sterbe!“

„So stört mich doch nicht bei der Arbeit!“ brüllt der Hausherr, ganz bleich vor Anstrengung. „Schert euch zum Teufel! Das richtige Tollhaus ist das! Für wen sitze ich denn hier den ganzen Tag trumm, wenn nicht für euch, ihr bißigen Hühner!“

schreien begann. Der Hausherr stürzte ihr nach, bückte sich vor der verriegelten Tür, stemmte sich mit den Armen dagegen und rief mich heran:

„Nach, Junge — klettere auf meine Schultern, schlag' das Fenster oben ein und schick' den Kiesel zurück!“

Ich sprang stiel auf seinen Rücken, schlug die Scheibe über der Kiolettür ein und neigte mich vor, um die von innen verriegelte Tür zu öffnen. Raum oder hatte ich den Kopf hindurchgesteckt, als die Hausfrau meinen Schädel unbarmherzig mit dem Messergriff zu bearbeiten begann. Dennoch gelang es mir, die Tür zu öffnen, und nun zog Wajja seine sich festig sträubende Lebensgefährtin in das Wohnzimmer hinein und nahm ihr das Messer ab. Als ich dann in der Küche lag und die Beulen an meinem Schädel fühlte, dämmerte in mir der Gedanke auf, daß ich umsonst gelitten hatte: das Messer war nämlich, wie ich mich überzeugen konnte, so stumpf, daß es sehr schwer war, damit auch nur ein Stück Brot abzuschneiden; zum Halsabschneiden war es ganz und gar nicht geeignet. Ich sagte mir, daß alles nur Spiegelgläuberei gewesen sei, und ließ mich fortan durch die häuslichen Zänkereien nicht mehr in Schreden jagen.

Die beiden Brüder sangen im Kirchenchor, und zuweilen begannen sie bei der Arbeit leise zu summen.

Des Mägdeleins goldenes Klingelein
Ließ fallen ich ins Meer...

lang der Ältere mit seinem angenehmen Bariton, und der Jüngere fuhr im Tenor fort:

„Ach, alle Freude, alles Glück
Entfloß von mir seither!“

Aus der Kinderstube ertönte vorwurfsvoll die leise Stimme der Hausfrau: „Ihr seid wohl nicht bei Troste? Das Kind schläft, und ihr singt!“

Oder auch: „Schäm' dich doch, Wajja — du singst von einem Mägdelein und bist doch verheiratet! Es wird gleich zur Abendmesse läuten...“

„Gut, dann singen wir ein Kirchenlied!“ sagte Wajja.

Doch die Hausfrau meinte, es schlafe sich nicht, in der Nähe eines gewissen Ories — sie wies in der Richtung nach der Küche hin — Kirchenlieder zu singen.

„Weiß der Teufel, du hast recht,“ verfehlte Wajja. „Es wird nichts weiter übrigbleiben, als die Wohnung zu wechseln.“

Die Wohnung wurde jedoch so wenig gewechselt, wie der Tisch umgestellt wurde, was der Hausherr gleichfalls als unbedingt notwendig erklärt hatte.

(Fortsetzung folgt)

